

NACHRICHTEN

Nun schon zum siebten Mal hat die Demonstration »Wir haben es satt« in Berlin stattgefunden. Der Schwerpunkt ist Agrarindustrie gewesen.

3

PROJEKTE

Das Projekt »Mein Grundeinkommen« stellt sich in einem Interview vor.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Veranstaltungsreihe der Völklinger Hütte. Mit Vorträgen zu der selbstverwalteten Fabrik »Fralib« und der Genossenschaft »Mondragon«.

7

BIOTONNE

Durch Gasbohrungen werden immer wieder Erdbeben ausgelöst. In der niederländischen Region Groningen wehren sich Initiativen dagegen.

13

KUNST & KULTUR

Über 100 Häuser bestehen bereits durch das Miethäusersyndikat. Jetzt ist ein Film entstanden, der das Projekt noch verständlicher macht.

14



► Mehr Demokratie Camp in Wels, September 2016
Foto: Mehr Demokratie

Der Aufbau von selbstverwalteten, zukunftsfähigen Alternativen steht für viele Menschen im Zentrum ihres Engagements und ist auch der inhaltliche Schwerpunkt der *Contraste*. Die Beteiligung an formalen, institutionalisierten Politikprozessen wird häufig als Stärkung bestehender Machtverhältnisse gesehen, oft sogar als eine Art Verrat an den Idealen der Selbstorganisation. Aber können wir es uns wirklich leisten, uns auf Dauer von der »Politik« fern zu halten?

VON BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Wir sind aktuell mit der Situation konfrontiert, dass Gesetze und internationale Verträge genau diese autonomen Formen der Selbstorganisation und des zivilgesellschaftlichen Engagements zunehmend schwerer machen, bis hin zur Kriminalisierung. In wichtigen Fragen wie Klimawandel, sozialer Ungleichheit, Flucht oder der

Zukunft der Arbeit gehen die politischen Entscheidungen mit wachsender Geschwindigkeit in die falsche Richtung. Deshalb erlangt für immer mehr Menschen die Frage, wie in unseren Gesellschaften Entscheidungen getroffen werden, wessen Bedürfnisse dabei gehört werden und welches Wissen für diese Entscheidungen herangezogen wird, erhöhte Bedeutung.

Die herrschende Form der repräsentativen Demokratie ist offensichtlich nicht in der Lage, die entscheidenden Veränderungen hervorzubringen, die für eine zukunftsfähige Gesellschaft notwendig sind. Mehr Volksabstimmungen, wie sie von manchen gefordert werden, sind keine Lösung. Sie erzeugen eine permanente Wahlkampf-situation, die ein österreichischer Politiker einmal als »Zeit fokussierter Unvernunft« bezeichnet hat. Vielmehr geht es um die Frage, welche Bedingungen sind notwendig, damit wir zukunftsfähige Lösungen auf die

anstehenden Herausforderungen finden, die viele Menschen mittragen können und die auch die Bedenken derer aufnehmen, die den Lösungen nicht zustimmen können? Und wie kann es gelingen, den Einfluss mächtiger Lobbygruppen zurückzudrängen, die immer wieder politische Entscheidungen zugunsten der herrschenden Minderheit beeinflussen?

Am deutlichsten hat dieses Umdenken die Occupy-Bewegung zum Ausdruck gebracht: es ging ihr nicht darum, Forderungen an die Politik zu stellen, sondern die Art, wie Politik gemacht wird, grundsätzlich zu hinterfragen. Nicht nur in der Occupy-Bewegung, sondern auch in einer Vielzahl von selbstorganisierten Initiativen wurde und wird mit neuen Formen partizipativer, dialogorientierter Entscheidungsfindung experimentiert. Das Interesse an Räumen für respektvollen Dialog und an Instrumenten und Methoden für tragfähige und

nachhaltige Entscheidungsprozesse nimmt zu. Soziokratie, systemisches Konsensieren, Open Space Konferenzen und Barcamps, Art of Hosting und Salongespräche erleben einen Boom.

Allein in Österreich gab es im letzten Jahr vier große Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex, aus denen die meisten Beiträge in diesem Schwerpunkt entstanden sind. Tamara Ehs stellt auf Seite 9 den größeren Kontext her und macht auch klar, dass es nicht um ein »Entweder-Oder« geht, sondern dass der Versuch, partizipative Entscheidungsmethoden in die bestehenden Strukturen einzuführen, nur eine Ergänzung sein kann zum Aufbau von Alternativen und dem Druck von der Straße. Florian Sturm und Nora Hofstetter stellen auf Seite 10 konkrete Modelle für die und aus der Praxis vor. Beide betonen, dass nur eine gesetzliche Verankerung solcher Prozesse und eine Rechenschaftspflicht der Politik verhindern

können, dass mit viel Engagement von unten, entwickelte Vorschläge, dann in Schubladen verschwinden, wie es Heinz Weinhausen auf Seite 11 beschreibt. Ebenfalls auf Seite 11 entwickelt Hans Christian Voigt seine Idee, mithilfe von Online-Plattformen die Selbstverwaltung auf öffentliche Infrastruktur auszuweiten. Das legislative Theater als erfolgreiche Methode, wie marginalisierte Gruppen auf die Gesetzgebung Einfluss nehmen können, beschreibt Michael Wrentschur in seinem Beitrag auf Seite 12, wo sich auch ein kurzer Überblick über verschiedene Demokratisierungs-Initiativen findet. Klar ist, auch wenn nicht alle Initiativen schließlich erfolgreich sind, so verändern diese Prozesse doch die beteiligten Menschen dauerhaft.

Links
von unten.at
mehr-demokratie.at

WOMEN'S MARCH IN WASHINGTON

Ein Erfolg ist uns allen zu wünschen

Endlosen Züge von Demonstrant*innen, Frauen mit rosa Mützen und selbstgemalten Schildern, erfahrene Aktivistinnen wie Prominente hatten eine Botschaft: »Dies ist nicht unser Präsident!« Über fünf Millionen Menschen haben - so die Schätzung - weltweit gegen die Amtseinführung des mehrfachen Pleitiers, Trash-TV-Stars und notorischen Rassisten Trump protestiert.

Anne Schulz, Köln

In Washington, Chicago, New York, Boston, Los Angeles, San Francisco,

New Orleans ebenso wie in Rom, London, Amsterdam, Mexiko-Stadt, Vancouver oder Sydney. In den USA war dies auch die Antwort der Mehrheit, schließlich betrug der Vorsprung von Hillary Clinton über 2,8 Millionen Stimmen. Dass der 21. 1. 2017 ein Tag des Aufatmens aller liberalen, linken, feministischen, ökologisch engagierten Menschen wurde, ist zwei Frauen zu verdanken. Die pensionierte Rechtsanwältin Teresa Shook aus Hawaii und die New Yorker Designerin Bob Bland riefen unmittelbar nach der Wahl zu Protest und Widerstand des

Teils der Bevölkerung auf, der, neben Immigrant*innen und Menschen mit Behinderung, fortwährend mit Häm und Beleidigungen von Trump bedacht worden waren: den Frauen. Ihre Initiative, die an die Tradition der Bürgerrechts-Märsche anknüpfte, wurde von über 100 Institutionen und Bewegungen unterstützt, darunter Black Lives Matter, Human Rights Watch oder Oxfam. Und neben der Feministin Gloria Steinem und Filmemacher Michael Moore beteiligten sich Künstlerinnen wie Whoppi Goldberg, Madonna, Scarlett Johansson, Barbara

Streisand oder Yoko Ono. Ein großer Sieg? Die Aktivist*innen trafen sich unmittelbar nach der Demonstration zu Strategie-Workshops, um zu diskutieren, wie der Widerstand fortgeführt werden kann. Vor Ort, in Städten und Gemeinden, ebenso wie durch große Kampagnen und mit Blick auf die Halbzeitwahlen 2018. Es ist den Amerikaner*innen zu wünschen, dass sie sich erfolgreich gegen den Präsidenten zur Wehr setzen. Es ist uns allen zu wünschen.

Mehr Lesenswertes zum
»women's march«:

Redebeitrag zweier Feministinnen, den sie auf dem »women's march« in Frankfurt am Main gehalten haben:
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1039453.why-we-march.html?sstr=women>

Ausführlicher Artikel mit vielen Bildern und Videos zum »women's march«
http://www.huffingtonpost.de/2017/01/22/womens-march-in-den-usa-n_14314948.html

Die Autorin geht in dem Artikel der Frage nach, ob der »women's march« nicht nur eine andere Fassade weißer Privilegien darstellt:
<https://www.bostonglobe.com/lifestyle/2017/01/26/was-women-march-just-another-display-white-privilege-some-think/YU3ZE4ajyX2faKZ5U7XhkJ/story.html>

Alle links findet ihr auf unserer Webseite:
www.contraste.org

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN FINGER WEG VON UNSEREM ESSEN MELDUNGEN	SEITE 3	SCHWERPUNKT PARLAMENTSSANIERUNG	SEITE 9
PROJEKTE MEIN GRUNDEINKOMMEN NETZWERK	SEITE 4	BÜRGER+INNENRÄTE DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE	SEITE 10
PROJEKTE PERVOLARIDES-SELBSTHILFEPROJEKT IN THESSALONIKI	SEITE 5	MÜLHEIM 2020 SELBSTREGIERTE ÖFFENTLICHE GÜTER	SEITE 11
PROTESTE EINE FRAU GEGEN ERDOGAN	SEITE 6	LEGISLATIVES THEATER	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN VORTRAGSREIHE ZU WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE GENOSSENSCHAFTEN UND ALTERNATIVEN	SEITE 7	BIOTONNE WIDERSTAND GEGEN ERDGASBOHRUNGEN 10. STERNENMARSCH GEGEN TAGEBAU	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND AKTION GEGEN WAFFENFIRMA GLOCK REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE	SEITE 8	KUNST&KULTUR FILM: MIETSHÄUSERSYNDIKAT BÜRO FÜR OFFENSIVKULTUR	SEITE 14
		REZENSIONEN SICH SELBST REGIEREN SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN BERLIN DIE VERTEIDIGUNG DES HORIZONTS TRADITIONSREICHE FUSSBALLSTADIEN »EIN GEFÄHRLICHES UNTERFANGEN«	SEITE 15
		TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM, LESER+INNENBRIEF	SEITE 16

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Waren und Güter

ULI FRANK, REDAKTION SPROCKHÖVEL

Jeremy Rifkin dürfte der prominenteste Vertreter des Sharing-Prinzips sein. Darüber hinaus findet man immer öfter Analysen, die feststellen, dass es sich immer mehr durchsetzt und vielleicht DIE neue Logik der Zukunft sein könnte. Statt des Erwerbs von Waren geht es hier um die Nutzung, den Gebrauch von Gütern. Dieser Aspekt der Nutzung wird auch von den Autoren meist hervorgehoben: Teilen statt Besitzen. Allerdings geht es dabei nicht nur um das Teilen, sondern als logische Folge auch um eine andere Orientierung bei der Produktion.

Ich kann mich noch gut erinnern, wie wir seinerzeit die kapitalistische Warenproduktion in Grund und Boden kritisierten und zum Beispiel mit Vance Packard behaupteten, die warenförmige Produktion für anonyme Märkte ohne gesellschaftliche Planung erzeuge wenig Brauchbares, künstliche Obsoleszenz, gerade mal »blickfeste« Billigware, die sich genau nach der vorgeschriebenen Garantiezeit in Schrott verwandle. Das einzig echte Interesse des Produzenten sei er die (leider nötige) Motivation für den Kauf darstelle.

Beim Sharing geht es aber nicht in erster Linie um den Verkauf (mithilfe der bloßen in die Waren eingebauten Verkaufsargumente), sondern um den Gebrauch, die konkrete Nutzung – also die Bewährung in der Praxis für den Anwender. Das ändert auch die Anforderungen an die Produktion, weil ja die Verleihfirmen ihr Geld damit verdienen, dass sie möglichst wartungsfreundliche, haltbare, robuste Produkte bekommen, in die nicht nur Verkaufsargumente eingebaut sind, sondern wirklich ein möglichst hoher Nutzwert. Das begann schon bei den

Kopiergeräten in meiner Schule in dem Moment, als sie geleast und als Serviceleistung installiert wurden. Da kam es auf einmal vor allem auf möglichst hohe Zuverlässigkeit, Wartungsfreundlichkeit und Lebensdauer an. Alles Eigenschaften, die vom reinen Tauschwert-Denken her eigentlich Luxus und überflüssig sind – hier endet ja das Interesse des Produzenten bzw. Verkäufers mit dem Verkauf der Ware. Ausnahmen von dieser Logik waren immer schon Rüstungs- und Investitionsgüter, die hätten beweisen können, welche Gebrauchswert-Qualitäten im Rahmen der Waren-Produktion möglich sind. Ein professioneller Schneider sagte mir mal, dass Stoff in der Qualität von Uniformhosen nirgendwo auf dem Markt erhältlich sei.

In dem Maße nun, in dem Waren nicht mehr zum Verkauf, sondern zum Gebrauch als Service genutzt werden, müsste sich die Priorität eigentlich ändern und eine andere Logik bei der Produktion entstehen. Das scheint aber tatsächlich sehr wenig reflektiert zu werden, es sieht so aus, als wenn dieser Übergang völlig unbemerkt stattgefunden hätte.

Das würde entweder heißen, dass auch vorher schon die Produktion gar nicht so blind auf den Tauschwert orientiert war, wie das bei uns Kritikern immer gesehen wurde, oder dass die Flexibilität der Produzenten derartig hoch ist, dass der Übergang gar nicht als ein gravierender neuer bemerkt worden ist. Trifft die erste Begründung zu, so würde das bedeuten, dass die Kritik an der Warenform weitgehend überzogen sein könnte und dass entsprechend auch die Kritik des Marktes und der Marktlogik wenigstens teilweise ideologisch verzerrt wäre. Das würde nahelegen, sich sehr viel unbefangener Formen anzuschauen und zu übernehmen, die vom Markt erfunden wurden, also im Kapitalismus zustande kamen, aber durchaus auch für eine postkapitalistische Gesellschaft funktional sein könnten.

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2017

Wir brauchen noch mehr ...

Liebe Leser*innen,

wieder sind Spenden eingegangen, 78 Euro. Vielen Dank. Aber wir brauchen noch mehr, damit wir 2017 nicht in die finanzielle Schieflage geraten. Wir haben alles minimiert an Ausgaben, arbeiten journalistisch ehrenamtlich, ohne Spenden geht es nicht bei unserem einzigartigem Zeitungsprojekt. Die CONTRASTE bringt Monat für Monat authentische Artikel und Berichte aus dem großen Regenbogen von Projektlandschaft und selbstorganisierter

Bewegung. Dafür wird sie geschätzt.

Gleichzeitig schafft die CONTRASTE so über die Jahre ein umfassendes, bedeutendes Archiv. Seit 1984 sind es nun schon 389 Ausgaben geworden. An mehreren Orten gibt es komplette Jahrgänge, die eingesehen und genutzt werden können, beispielsweise in Köln beim SSM. In PDF-Form gibt es die CONTRASTE seit 2004. Die vorherigen Ausgaben wurden leider bei einem Datencrash vernichtet. Wer sich zu bestimmten Themen informieren oder auch nur stöbern will, kann zu persönlichen Zwecken eine CD bestel-

len für 20 Euro. Alle Artikel lassen sich z.B. mit dem Acrobat Reader mittels erweiterter Suche durchforsten.

Es gab zwei Neuabos und auch ein Kombiabo, dem stehen zwei Kündigungen entgegen. Erfreulicherweise wurden 14 Schnupperabos geordert. Fünf davon wurden verschenkt. Eine schöne Idee.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

V.H.	15,00
S.N.	25,00
L.C+M.L.	8,00
G. Tonhauser-Kausch, Walheim	30,00

Spententicker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **5.451 Euro**

DEMONSTRATION IN BERLIN: »WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT«

» Finger weg von unserem Essen «



▲ Viele Bäuer*innen nehmen mit ihren Traktoren an der Demonstration teil und reisen dafür aus ganz Deutschland an.

Foto: Ulrike Kumppe

Unter dem Motto »Wir haben Agrarindustrie satt« demonstrierten am Samstag den 21.01.2017 etwa 18.000 Menschen für eine ökologische und bäuerliche Landwirtschaft. Kritisiert wurden die Teilnehmenden und die Veranstalter*innen von einigen Bäuer*innen. Sie machten im Vorfeld der Demonstration eine eigene Kundgebung vor dem Berliner Hauptbahnhof unter dem Motto »Wir machen euch satt - Dialog statt Protest«.

Ulrike Kumppe, Redaktion Berlin

Zum siebten Mal demonstrierten Menschen unter dem Motto »Wir haben es satt« – aus Umweltverbänden, der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung, Tierschutzorganisationen sowie entwicklungspolitischen Gruppen. Wieder war der Startpunkt der Potsdamer Platz und durch die Innenstadt ging es zum Brandenburger Tor, vor dem die Abschlusskundgebung stattfand. Mit 18.000 Teilnehmenden, wie die Veranstalter*innen verlautbarten, ist die Demonstration weiterhin recht groß. KonsumentInnen sind bei dem Thema, obwohl am unmittelbarsten betroffen für eine jährliche Demonstration, im Januar kaum hinter dem Ofen hervorzulocken.

Dass das grundsätzliche Interesse am Thema, wie werden unsere Lebensmittel produziert, dennoch vorhanden ist, zeigte sich 2015, als die Demonstration unter dem Motto stand: »Wir haben TTIP satt!« In der Diskussion waren eine Reihe von Gesetzen zum Qualitätsschutz der Lebensmittel, die mit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA abgeschafft werden sollten. 2015 waren etwa 50.000 Menschen gekommen, die bislang größte »Wir haben es satt«-Demonstration. Mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA ist TTIP erst einmal vom Tisch, da der neue US-Präsident auf eine protektionistische Wirtschaftspolitik setzt. Das heißt auf eine Abschottung der US-Wirtschaft und damit einherge-

hend auf hohe Importzölle zum Schutz US-amerikanischer Unternehmen.

Bauernhöfe statt Agrarindustrie

In diesem Jahr war die Demonstration thematisch wieder unmittelbarer an die landwirtschaftlichen Themen hierzulande geknüpft: ökologischer Landbau, Tierhaltung, Einsatz von Pestiziden und Antibiotika, Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Zugang zu Land. Die Teilnehmenden setzten sich außerdem auf Schildern und Transparenten kritisch mit der Fusion der Konzerne Bayer und Monsanto auseinander.

Im Blickfeld der Veranstalter liegt in diesem Jahr die Bundestagswahl im September. Daher haben sie ihre Forderungen an die Politik in einem 9-Punkte-Plan formuliert mit dem Ziel, die Vielfalt der Bauernhöfe zu erhalten und kleine und mittlere Betriebe zu fördern. Dazu sollen Agrarsubventionen an Agrarkonzerne gestoppt und 500 Millionen Euro in die bäuerlich-ökologische Landwirtschaft investiert werden. Außerdem fordern sie, mehr Anreize für eine artgerechte und umweltschonendere Bewirtschaftung zu schaffen sowie Bauernhöfe zu stärken durch mindestens 50 Prozent der öffentlichen Beschaffung aus regionaler und ökologischer Landwirtschaft bis 2020. Das Tierschutzgesetz soll ohne Ausnahmen umgesetzt werden. Bis zum Jahr 2020 sollen Antibiotika in der Nutztierhaltung um mindestens die Hälfte reduziert und Reserveantibiotika in der Tierhaltung verboten werden sowie eine Obergrenze für Viehbestand eingeführt und die Tierzahl an die Fläche gebunden werden. Weitere Forderungen sind der Stopp von Überdüngung und eine allgemeine Reduktion beim Einsatz von Pestiziden zum Schutz von Wasserqualität, Klima, Artenvielfalt und im Besonderen von Bienen.

Mit Bezug auf internationale Probleme fordert der 9-Punkte-Plan, Konzerne zu beschränken und weitere Fusionen nicht zuzulassen, keine Zulassung von Gentechnik und eine allgemeine

Kennzeichnungspflicht für Tierhaltung, Gentechnik in Futtermitteln und der Herkunft aller Lebensmittel. Regionale bäuerliche Landwirtschaft und regionale Märkte sollen durch eine Verringerung der Exporte gestärkt und die Entwicklungszusammenarbeit agrar-ökologisch ausgerichtet werden. Ihre letzte Forderung sind faire Erzeugerpreise.

Kritik von Bäuer*innen

In den von den Veranstalter*innen formulierten Forderungen wird die Bandbreite der Träger*innen der Demonstration deutlich. Ihren Unmut darüber brachten insbesondere jene Bäuer*innen zum Ausdruck, die sich unter dem Motto: »Wir machen euch satt 3.0« im Vorfeld der Wir-haben-es-satt-Demo trafen. Sie fühlen sich unverstanden bei Themen wie Tierwohl, Überdüngung und Antibiotikagabe an die Tiere. In ihrer Presseerklärung schreiben sie: »Die deutschen Landwirte würden nachhaltig wirtschaften, schon allein deshalb, um die Böden und natürlichen Ressourcen für nachfolgende Generationen zu erhalten. Die Umwelt liege der Landwirtschaft dabei ebenso am Herzen wie das Tierwohl.«

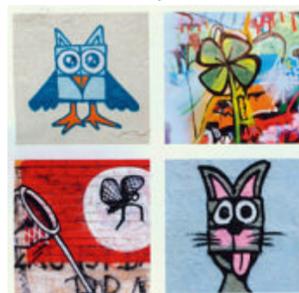
Eine ihrer vertretenen Positionen, die tatsächlich gänzlich konträr verläuft zu »wir haben es satt« ist sicher diese: »Die Agrarindustrie sei nicht der Feind dieser Betriebe, sondern Geschäftspartner.« Ihre Kritik: Das Bündnis sei zu breit aufgestellt, denn mit Veganer*innen und Tierrechtler*innen seien tragfähige Versorgungskonzepte nicht zu machen. Trotz ihrer harschen Kritik und konträren Positionen zu einem Teil der Veranstalter*innen werben die Bäuer*innen für einen Dialog. Die Frage, die sich ob des scharfen Tons ihrer Presseerklärung aufdrängt und der Tatsache, dass der deutsche Bauernverband auf ihrer Webseite lediglich die Kundgebung »Wir machen euch satt 3.0« erwähnt: Ist diese Kundgebung ein Spaltungs-

versuch aus Kreisen des Deutschen Bauernverbandes?

Die Organisator*innen der Demo sagen dazu: »Die Demonstration richtet sich gegen die Agrarindustrie, nicht aber gegen konventionelle Landwirte. Seit sieben Jahren praktiziert »Wir haben es satt!« den Dialog zwischen Zivilgesellschaft, konventionellen und Öko-Bauern sowie Lebensmittelhandwerkern, um gemeinsam Wege für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft zu finden.«

Infos: www.wir-haben-es-satt.de

Nazi-Parolen übersprüht:



Bilder: Legacy-Graffiti

Wenn Ibo Omari irgendwo in Berlin Hakenkreuze sieht, holt er die Spraydosen heraus und verwandelt die rechten Schmierereien mit wenigen Strichen in Blumen, Eulen, Hasen, Moskitos oder Zauberwürfel. »Paint Back« nennt sich die Aktion, die in der Hauptstadt mittlerweile zu einer kleinen Bewegung geworden ist. In Omaris Laden »Legacy« trifft sich die Graffiti Szene. Sie beobachtet, dass rechte Schmierereien in den vergangenen Monaten zugenommen haben. Bevor Omari und seine Freunde Hakenkreuze übermalen, fragen sie die Eigentümer oder Sicherheitsleute um Erlaubnis. Die meisten freuen sich über die künstlerische Verwandlung der hässlichen Motive.

MELDUNGEN

NAZIÜBERGRIFFE

Kurz vor dem Jahreswechsel 2016/17 gab es erneut einen Anschlag auf das Wiener Kulturzentrum W23. Nazis versuchten sich Zugang zu den Räumen zu verschaffen und zerstörten dabei die Rolläden. Den gesamten Herbst 2016 kam es immer wieder zu Anschlägen auf das W23 mit Buttersäure, verklebten Schlössern und Farbbeuteln wurde das Kulturzentrum attackiert. Anschläge gab es ebenso in Berlin-Neukölln auf das k-fetisch und einen Buchladen. Bei diesem wurden auch im Dezember die Scheiben eingeworfen und das Auto des Eigentümers Anfang Januar in Brand gesetzt. Eine Vielzahl von Anschlägen dieser Art findet statt. Es sind Einschüchterungsversuche Rechte gegen eine weltoffene und plurale Gesellschaft.

Infos:

www.wipplinger23.org

<http://berliner-register.de/chronik/>

NEUE BEWEGUNG »MOVE« IN GRÜNDUNG

Sie nennen sich Move – das steht für Miteinander Offen Vertrauensvoll Emanzipatorisch. In ihrem Selbstverständnis fassen sie ihre Ausrichtung zusammen: »Wir wandeln lieber das System als das Klima und verweigern uns einer Gesellschaft, die die Natur nur als Ressource und Tiere als Fleisch begreift, die keine Zeit für Sorgetätigkeiten lässt und Menschen nach Kosten- und Leistungsfaktoren beurteilt.« Die Initiator*innen kommen aus dem Utopival-Umfeld. Ein erstes Treffen soll im Sommer auf dem Festivalgelände der Fusion bei Mirow stattfinden.

Infos:

www.move-utopia.de

TRANSPARENTE KAFFEERÖSTEREI

Das Kaffee Kollektiv »Flying Roasters« veröffentlichte Anfang Januar seinen Transparenzbericht 2016. Kooperationen, Handelsbeziehungen, welche Gelder für was ausgegeben wurden, können dort nachgelesen werden – ein Beispiel für die Verbindung von ökologischem Anbau, direktem Handel und kollektivem Arbeiten.

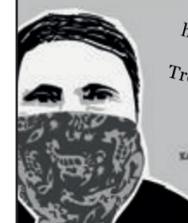
Infos:

www.flyingroasters.de/blog/transparenzbericht-2016/

ANZEIGEN

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien



Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kaffee Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:

www.aroma-zapatista.de

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90



Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Mehr als nur Sozialromantik

Christoph hat seinen Job im Callcenter gekündigt und wird nun Erzieher. Erdmuthe machte eine Reise nach Kreta und eine Weiterbildung im spirituellen Bereich. Matthias hat Geld gespendet und ein wenig sorgenfreier gelebt. All das konnten sie tun, weil sie ein Grundeinkommen gewonnen haben. Ein Jahr lang bekamen sie 1.000 Euro im Monat – bedingungslos und steuerfrei.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Christoph, Erdmuthe und Matthias sind drei von inzwischen 74 Gewinner*innen von »Mein Grundeinkommen«. Seit Juli 2014 hat das Projekt per Crowdfunding jeweils 12.000 Euro gesammelt und diese Summe anschließend verlost. Zuletzt dauert es nur noch rund einen Monat, bis das nächste Grundeinkommen finanziert war und die nächste Verlosung stattfinden konnte.

Pressesprecher Christian Lichtenberg von »Mein Grundeinkommen« erklärt: »Die Verlosung ist aus unserer Sicht die einfachste Möglichkeit, Geld zu sammeln und an Menschen zu vergeben – möglichst ohne bürokratische Hürden, losgelöst von politischen Ideologien und für die Menschen möglichst greifbar.« Alle registrierten Personen können an dieser Verlosung teilnehmen, auch wenn sie sich zuvor nicht an der Spendenkampagne beteiligt haben. Eltern können für ihre unter 14-jährigen Kinder ins Rennen gehen.

Bedingungslosigkeit schafft Vertrauen

An das gewonnene Geld sind keinerlei Bedingungen geknüpft. Die Gewinner*innen können damit also anstellen, was sie wollen. »Bedingungslosigkeit schafft Vertrauen und kann Menschen in unterschiedlicher Hinsicht emanzipieren. Bedingungen führen hingegen häufig zu Misstrauen und Neid, gerade wenn es um die Würde und die Existenzsicherheit für



▲ Für das Team von »Mein Grundeinkommen« ist das BGE eine reale politische Alternative, die die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Foto: Mein Grundeinkommen

Individuen geht«, so Lichtenberg.

Diese Erfahrung hat auch Michael Bohmeyer gemacht. Er hat die Kampagne vor zweieinhalb Jahren ins Leben gerufen, weil er wissen wollte, was ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) mit den Menschen macht. Er selbst lebt dank einer monatlichen Gewinndividende in Höhe von 1.000 Euro aus einem Start-Up sehr viel angstfreier. Er wurde kreativer, empathischer und entwickelte mehrere neue Geschäftsideen. Das habe ihn innerlich sehr verändert, schildert er.

Ein Pilotprojekt

»Mein Grundeinkommen« soll als Pilotprojekt mit den realen Erfahrungen der Gewinner*innen die nationale und internationale Diskussion über das Grundeinkommen berei-

chern: »Wir möchten zeigen, dass das Grundeinkommen eine konkrete politische Alternative sein kann, wenn man sich ernsthaft damit auseinandersetzt«, sagt Christian Lichtenberg. »In Zeiten zunehmender Digitalisierung und Automatisierung und der Tendenz schwindender Arbeitsplätze und prekärer werdender Arbeitsbedingungen darf die Würde des Einzelnen nicht unter den Tisch fallen. Und alle Studien, die es bislang zu Grundeinkommens-Experimenten gibt – wie beispielsweise aus den USA, Kanada, Namibia oder Indien – belegen, dass Menschen nicht faul werden, wenn sie bedingungslos Geld erhalten.« Die bisherigen Erfahrungen der Gewinner*innen und auch die Gedankenspiele der vielen Unterstützer*innen, die alle online dokumentiert werden, untermauern diese Ergebnisse.

Aktuell sind über 360.000 Menschen bei mein-grundeinkommen.de registriert. Davon haben rund 170.000 an der letzten Verlosung teilgenommen. Langfristig soll die Debatte über ein Grundeinkommen so groß werden, dass insbesondere die beiden großen deutschen Parteien dem Thema nicht mehr aus dem Weg gehen können. Bisher werde die Idee eines BGE oft noch als sozialromantische Utopie abgetan. Das soll unter anderem mit »Mein Grundeinkommen« möglichst bald ein Ende haben.

Heterarchische Teamarbeit

Der gleichnamige Verein hat inzwischen 15 Mitarbeiter*innen, von denen manche in Teilzeit, andere in Vollzeit arbeiten. Ihre Arbeit wird finanziert von rund 25.000 Unter-

stützer*innen, den so genannten »Crowdhörnchen«. Sie steuern jeden Monat eine bestimmte Summe bei. Die Finanzierung sei dadurch mittelfristig gesichert, zumal das Projekt bisher ziemlich erfolgreich arbeite, so Christian Lichtenberg.

Das Team selbst versucht, heterarchisch zu arbeiten, das heißt möglichst gleichberechtigt und selbstbestimmt. Hierarchien ließen sich zwar zum Beispiel durch unterschiedliche Erfahrungswerte nicht vermeiden, aber zumindest in der Organisationsstruktur soll es keine festen Hierarchien geben. »Man bekommt am Ende mehr von Menschen, wenn man ihnen Raum gibt«, ist Lichtenberg überzeugt. Verpflichtet fühlt sich das Team vor allem sich selbst als Gemeinschaft – und natürlich der »Crowd«.

Mangelnde Wissenschaftlichkeit

In der Vergangenheit wurde immer wieder kritisiert, dass das Projekt nicht wissenschaftlich sei und daher keine Rückschlüsse auf eine wirkliche Grundeinkommens-Gesellschaft zulasse. Das ist den Initiator*innen allerdings bewusst. Sie wünschen sich deshalb auch ein großflächig angelegtes Experiment im deutschsprachigen Raum. Nichts desto trotz geben die individuellen Erfahrungen der Gewinner*innen einen Eindruck, welche Möglichkeiten und Veränderungen ein Grundeinkommen auf den Weg bringen kann. So fallen Christian Lichtenberg gleich noch zwei Beispiele ein: »Es gab bei uns eine Frau, der das Grundeinkommen geholfen hat, sich in ihrer Familienkonstellation zu emanzipieren. Oder es gab einen Gewinner, bei dem sich eine chronische Krankheit durch den Rückgang von psychischem Stress signifikant verbessert hat.« Er findet, jede*r sollte einmal die Erfahrung der Bedingungslosigkeit machen.

Internetseite:
www.mein-grundeinkommen.de

NETZWERK NEWS

Neues Jahr, neues Glück und neue Fördertöpfe



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 37 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de



Das letzte Jahr war eines der Unsympathischeren; ähnlich jenen Gästen, die auf das Buffet speien, einem daraufhin das Bad versauen und sich dann noch lautstark über die Musik beschwerten. Anders als blöde Gäste, kann man das letzte Jahr aber leider nicht einfach nach Hause schicken und seine Hinter-

lassenschaften, werden sich auch nicht so einfach wegputzen lassen. Es bleibt wie es war, es gibt viel zu tun. Doch für die meisten Vorhaben benötigt man Geld und an diesem mangelt es häufig in politischen und selbstorganisierten Zusammenhängen. Ideen und Menschen sind reichlich vorhanden, aber das Geld ist irgendwie immer woanders.

Daher bieten wir euch dieses Jahr die 13. vollständig überarbeitete Auflage »Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen«. Inzwischen porträtiert sie mehr als 410 regionale, bundesweite und internationale Stiftungen und Förderquellen sowie erstmals Stiftungen mit Sitz im Ausland.

Aber nicht nur das, dieses Jahr präsentieren wir euch auch eine ganz neue Schöpfung, unsere neue Broschüre »Schwein gehabt – Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten«. Sie porträtiert ergänzend zur Fördertopf-Broschüre 175 landes- und bundesweit ausgeschriebene Förderpreise und Wett-

bewerbe für zivilgesellschaftliche, soziale und nachhaltige Projekte.

Die gesammelten Texte der Broschüren und die Zusammenstellung von Stiftungen sowie Preisen beruhen auf eigenen Erfahrungen, Beratungsgesprächen und Hinweisen von Bekannten und Mitgliedern des Netzwerkes. Alles in allem sind es praxisorientierte Nachschlagewerke für alle Gruppen und Initiativen, die nach neuen Fördermöglichkeiten in den Bereichen Bildung, Jugend, Arbeit, Soziales, Queer Leben, Migration, Entwicklungspolitik, Antifaschismus, Wohnen, Kultur, Frauen und Umwelt suchen.

Zu speziellen Themen, die in unseren Beratungen und Seminaren immer wieder nachgefragt werden, haben wir kleine Texte verfasst, die als Tipps und Tricks jeweils im ersten Teil der Broschüren stehen. Aktualisiert wurde auch der sehr ausführliche Text in der Fördertopf-Broschüre zum immer wieder nachgefragten Thema: Wie stelle ich eigentlich einen perfekten Antrag? Diese und viele andere Informatio-

nen sind für die eigene Recherche und als Ergänzung zum Preis- und Stiftungsteil gedacht und sollen bei der Entwicklung und Realisierung von Ideen unterstützen. Der zweite Teil bietet dann jeweils die Übersicht von 410 Förderquellen und 175 Preisen mit Vorschlagwortung zur Orientierung.

Wir möchten euch mit unseren brandneuen Broschüren bei der Suche nach den passenden Geldgebern*innen behilflich sein und im Stiftungs- und Förderpreisdschungel einen Wegweiser bieten – also bestellen und loslegen.

von Stella Napieralla

Mehr Informationen:

Name: Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, 13. Auflage 2017, Preis: 22 Euro zzgl. Porto + Verpackung

Name: Schwein gehabt - Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, 1. Auflage 2017, Preis: 11 Euro zzgl. Porto + Verpackung

PERVOLARIDES - EIN SELBSTHILFEPROJEKT IN THESSALONIKI

Fisch, Oliven und mehr

Zweimal war Filippus Polatsidis von der Selbsthilfeinitiative Pervolarides im letzten Jahr in Deutschland. In verschiedenen Städten berichtete er über das Projekt, unter anderem im September in der Nachbarschaftsakademie der Berliner Prinzessinnengärten, bei einem Workshop der SoliOli-Kampagne im Rahmen der Wandelwoche. Teilnehmer*innen einer Solidaritätsreise nach Griechenland, über die in den letzten beiden Ausgaben von *Contraste* berichtet wurde, trafen Filippus und seine Mitstreiter*innen in Thessaloniki.

ELISABETH VOSS, BERLIN

Aus einer Initiative von Erwerbslosen, die in der Nähe von Thessaloniki auf verlassenen Grundstücken Oliven erntet, und daraus Öl herstellt, entstanden »Die Gärtner«, auf griechisch: Pervolarides. Es ist eine von unzähligen Basisinitiativen in Griechenland, in denen sich Menschen zusammenfinden, denen eine entwürdigende Sparpolitik immer mehr Lebensgrundlagen entzieht, und die mit ihrem autonomen gemeinschaftlichen Handeln versuchen, dem Leiden etwas entgegen zu setzen. Sehr offen erzählt Filippus, wie demütigend es ist, als Erwachsener mit seinem Kind wieder zu seinen Eltern ziehen zu müssen, und sich von ihnen durchfüttern zu lassen, weil er als Erwerbsloser über keinerlei Einkommen verfügt. Neben der materiellen Not ist auch die Perspektivlosigkeit und Untätigkeit ein schleichendes Gift. Daher versucht Pervolarides auch einen Rahmen zu geben, in dem sich Ausgegrenzte engagieren und ihr Leben gemeinsam mit anderen selbst gestalten können.

Filippus Polatsidis hat bereits verschiedene Kampagnen verantwortet, zum Beispiel zur Unterstützung der Menschen im kurdischen Rojava in Syrien mit Lebensmitteln und Medikamenten, und zur Sammlung von Schulmaterialien für Kinder aus armen Familien in Griechenland. Er war einer der Initiatoren der No-Middleman-Bewegung in Thessaloniki, die Lebensmittel ohne Zwischenhändler verteilt hat, bis dies 2012 verboten wurde. Filippus betont, dass es bei Pervolarides sowohl um die Feuerwehrfunktion der Nothilfe geht, als auch darum, etwas Neues zu schaffen. Neben der materiellen Selbstversorgung ist es wichtig zu lernen, miteinander zu kooperieren, nicht nur körperlich zu überleben, sondern auch für Geist und Seele zu sorgen, und neue solidarökonomische Strukturen aufzubauen.

Selbsthilfe und Ermutigung

Diese neuen Solidarstrukturen basieren auf sozialen Beziehungen, in die alle Beteiligten ihre Mittel und Möglichkeiten einbringen: Räume, Betriebsmittel und Wissen, alles wird miteinander geteilt. So gab es ein Grundstück an Stadtrand, auf dem die Gruppe Gemüse anbauen konnte, mit einem Keller für Geräte, als Lageraum, und als Verteilstelle für Lebensmittel. Zweimal in der Woche wurde für zehn Familien Essen gekocht. Ein Gruppenmitglied hält Schafe und Ziegen und zeigte den anderen, wie sie Joghurt und Käse herstellen können. Filippus hat ein paar Bienenstöcke und bringt anderen das Imkern bei.

Durch die Olivenernte außerhalb der Stadt entwickeln sich auch neue Beziehungen zur Landbevölkerung. Das gegenseitige Misstrauen wird nach und nach abgebaut, wenn die Bilder im Kopf – zum Beispiel »die leben nur von Subventionen« oder »die sitzen nur am Schreibtisch rum« – ersetzt werden durch reale zwischenmenschliche Beziehungen



▲ Ein Mitglied der Imkerei-Kooperative bei der Arbeit

Foto: Pervolarides



▲ Filippus Polatsidis im Gespräch mit Hans Köbrich von der Solireisegruppe, vor der selbstverwalteten Sozialklinik bei Vio.Me

Foto: Elisabeth Voß

und gegenseitige Unterstützung.

Der aktive Kern von Pervolarides sind fünf bis sieben Leute, die mehr oder weniger kontinuierlich etwa 50 Familien versorgen. Von einem Großmarkt können sie Obst und Gemüse in beliebigen Mengen abholen. Von Fischern bekommen sie den Fang, der unverkäuflich, aber noch gut essbar ist. Lebensmittel sind ausreichend vorhanden, das Problem ist die Logistik. Filippus erzählt, dass er nachts um halb zwei Bescheid sagen muss, wenn sie morgens um fünf Uhr den Fisch abholen möchten. Danach muss es sehr schnell gehen, denn Fisch verdorbt in der Hitze und muss gleich verteilt werden. Das bedeutet: Ein Auto organisieren und ausreichend Leute dabei haben, die den Fisch ausladen, in den Keller bringen, portionieren und an die Nachbar*innen verteilen. Auch die selbstverwaltete Fabrik Vio.Me wird von Pervolarides mit Fisch versorgt. Im Tausch dafür bekommt die Initi-

ative Seife und Reinigungsmittel. So versuchen sie nach und nach, immer mehr direkte, geldfreie Austauschbeziehungen aufzubauen.

Wenn es viel Obst gibt, kann Marmelade eingekocht werden. Dafür wird im Keller eine Produktionsstraße eingerichtet, mit verschiedenen Arbeitsplätzen, vom Waschen über das Schneiden und Kochen bis zum Abfüllen. Auf ähnliche Art wird auch Tomatensauce hergestellt. Die Arbeitsteilung scheint noch entlang der klassischen Geschlechterrollen stattzufinden: Die Männer gehen zur Olivenernte, die Frauen stehen in der Küche. Das gemeinsame Tun beugt depressivem Rückzug vor und leistet einen Beitrag zur Selbstversorgung. Was die Beteiligten nicht für sich benötigen, geben sie Flüchtlingen, die in Lagern außerhalb der Stadt leben müssen. Mitunter gelingt es auch, Geflüchtete in die Selbsthilfe-Aktivitäten direkt einzubeziehen.

Pervolarides bemüht sich um breite Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, und kooperiert unter anderem mit der Gruppe »Teachers of Solidarity«. Diese organisiert in Flüchtlingslagern Unterricht und Freizeitgestaltung für Kinder. Darüber hinaus stellt sie einige Häuser mietfrei für Flüchtlinge zur Verfügung, die von Pervolarides mit Lebensmitteln versorgt werden.

Die Gärtner*innen von Thessaloniki gärtner nicht mehr

Im Herbst und Winter 2016 hat Pervolarides einige Rückschläge erlitten. Besonders bitter war der Verlust ihres Gartengrundstücks und des damit verbundenen Kellerraumes. Beides war im privaten Besitz eines Mitglieds der Gruppe. Als es aus persönlichen Gründen zur Trennung kam, stand Pervolarides ohne alles da. Die Gärtner von Thessaloniki gärtner seitdem nicht mehr. Da dem Kellerbesitzer auch die Ziegen und Schafe gehören, verschwanden auch die Milchprodukte aus dem Solidaritätskreislauf.

Für die Olivenernte hatte die Gruppe aus Spendengeldern ein neues Erntegerät angeschafft, und das ältere reparieren lassen. Als sie im November herausfahren auf die Felder, mussten sie feststellen, dass die Olivenbäume erkrankt waren und keine Früchte trugen. So waren auch die Fahrtkosten vergeblich aufgewendet worden. Und als sei das noch nicht genug, hatte Filippus auch noch einen Unfall mit einem geliehenen LKW, als er seine Bienenstöcke an einen wärmeren Platz bringen wollte. Glücklicherweise entstand nur Blechschaden, der zwar kostenaufwändig ist, aber Menschen kamen nicht zu Schaden, Filippus kam mit ein paar Prellungen davon.

Es geht wieder aufwärts

Zum Jahresende zeichnete sich eine Wende zum Besseren ab und Filippus schaut optimistisch in die Zukunft. Er hat einen befristeten Job in einer Flüchtlingshilfe-Organisation bekommen, wodurch ihm nun zwar Zeit für Pervolarides fehlt, aber wenigstens hat er endlich wieder ein Einkommen. Bisher ist er der Koordinator und Hauptverantwortliche der Gruppe. Nun werden andere sich stärker einbringen müssen.

Pervolarides hat einen neuen, besser geeigneten Kellerraum gefunden für 100 Euro Miete im Monat. Sie haben ihn renoviert, Wasser und Elektrizität angeschlossen und können nun wieder Lebensmittel verteilen und Obst und Gemüse verarbeiten. Filippus hat begonnen, mit drei weiteren Mitstreitern (bisher ausschließlich Männer) eine Imkerei-Kooperative aufzubauen. Den beiden, die selbst keine Bienenkörbe haben, hat Filippus einige von seinen abgegeben. Sie wollen voneinander lernen, ihr Wissen und ihr zukünftiges Einkommen teilen, denn neben der Selbstversorgung möchten sie auch Honig gegen andere Produkte tauschen oder lokal verkaufen. Die Gruppe ist offen für weitere Mitglieder, und wünscht sich auch internationale Kontakte, Austausch und Unterstützung.

Nicht Charity, sondern Solidarität

Schon bisher ist Pervolarides auf Unterstützung aus Deutschland angewiesen. Von den ersten Spenden wurde ein Gerät zur Erleichterung der Olivenernte angeschafft. Die Miete für den Keller kann nur bezahlt werden, so lange gespendet wird. Daher ist es eine große Hilfe, dass ein Teil der Überschüsse aus der SoliOli-Kampagne

an Pervolarides überwiesen wurde.

Die Aktivist*innen bemühen sich nach Kräften, sich gegenseitig zu unterstützen. So gehört zum Kreis der beteiligten Familien zum Beispiel eine 60jährige Frau mit ihrer 27jährigen Tochter. Die junge Medizinstudentin hat Diabetes und braucht einen Kühlschrank, um ihr Insulin aufzubewahren. Von ihrer schmalen Krankenunterstützung und dem sehr geringen Einkommen der Mutter als Schneiderrin – zusammen gerade mal 400 Euro im Monat – konnten die beiden jedoch ihren Strom nicht bezahlen, so dass er abgestellt wurde, und Schulden von 2.500 Euro aufgelaufen sind. Die Gruppe sammelte Geld, ließ den Strom wieder anstellen, organisiert Insulin und Lebensmittel für die notwendige Diät. Jedoch reicht es von vorne bis hinten nicht, und es sind weiterhin erhebliche Schulden gegenüber dem Stromversorger offen. Daher bittet Pervolarides nun auch für diese Familie um Spenden aus Deutschland.

Auch die »Teachers of Solidarity« brauchen Geld für die Strom- und Wasserrechnungen für die Häuser, die sie Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Im Moment betrifft das drei Familien aus Syrien, und es kam die Frage auf, ob sich in Deutschland Leute finden ließen, die jeweils eine dieser Familien »adoptieren« und ihre Rechnungen bezahlen. Vielleicht könnte das auch ein Modell zur Unterstützung der beiden Frauen sein? Gibt es vielleicht aus dem Kreis der *Contraste*-Leser*innen Ideen, oder besser noch Menschen, die bereit wären, so etwas zu organisieren, oder sich an einer solchen Unterstützung zu beteiligen?

Bei persönlichen Begegnungen zwischen Aktivist*innen aus Griechenland und Deutschland steht nicht nur der Wunsch nach Solidarität im Raum, sondern gleichzeitig auch die unterschiedlichen Lebenslagen der Beteiligten. Wie kann es gelingen, dass sich aus dem notwendig einseitigen Geldfluss keine hierarchisierenden sozialen Beziehungen ergeben? Die Bitte um Spenden folgt hier nicht der klassischen Charity-Struktur, in der die Positionen von Gebenden und Nehmenden festgeschrieben werden, sondern ist Ausdruck des Versuchs, neben dem unabdingbaren politischen Engagement auch wenigstens einen kleinen materiellen solidarischen Ausgleich zu schaffen. Die Sparpolitik, unter der viele Menschen in Griechenland zu leiden haben, und die wesentlich von der deutschen Bundesregierung verantwortet wird, hat Griechenland zur Kolonie degradiert. Die Beziehungen zwischen Aktivist*innen beider Länder beruhen auf der gemeinsamen Ablehnung dieser Sparpolitik und dem Wunsch, sich gemeinsam für würdige, selbstbestimmte Lebensbedingungen für alle einzusetzen. Trotzdem ist es herausfordernd, angesichts der real existierenden Unterschiede die solidarischen Beziehungen bewusst anti-kolonial zu gestalten.

Geld ist also nicht alles, wer jedoch die Arbeit von Pervolarides unterstützen möchte, kann dies mit einer Spende an den Verein »Respekt für Griechenland« ganz einfach tun.

Links und Infos zu Griechenland sammelt die Autorin unter: <http://griechenland.solioeko.de/>
Kontakt zu Pervolarides: Filippus Polatsidis fpolatsidis@gmail.com

Spendenkonto:

Respekt für Griechenland

Verwendungszweck: »Fisch, Oliven und mehr«
IBAN: DE42 4306 0967 1175 7746 01

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Bei Angabe der Anschrift wird eine Spendenquittung ausgestellt.

Weitere Infos und Kontakt: <http://respekt-für-griechenland.de/?p=1251>

PROTESTE

ENTLASSUNGEN VON AKADEMIKER*INNEN IN DER TÜRKEI

Eine Frau gegen Erdogan

Die junge Uni-Dozentin Nuriye Gülmen verlor nach dem Putschversuch in der Türkei ihren Job – wie tausende andere Hochschullehrer auch. Doch Gülmen wehrt sich: Tag für Tag demonstriert sie in einer Fußgängerzone in Ankara für ihre Rückkehr in den Hörsaal.

VON FRANK NORDHAUSEN

Die Heldin von Ankara ist groß gewachsen und schlank, hat Sommerprossen und ein verschmitztes Lächeln im Gesicht. Sie trägt das brünette Haar kurz und pflegt eine klare Sprache. Die 34-jährige Nuriye Gülmen strahlt die Ruhe derer aus, die sich entschieden haben, Grenzen zu überschreiten und die Folgen in Kauf zu nehmen. Doch ein bisschen nervös ist sie schon an diesem Morgen – wie jeden Tag seit anderthalb Monaten, als sie ihren Protest begann, der ihr 20 Festnahmen einbrachte und sie berühmt machte in der Türkei.

Es ist klirrend kalt, als Nuriye Gülmen in einem Café ihre Strickmütze aufsetzt, zusammen mit ihrem

stämmigen Mitstreiter Semih Özakca ihre Plakate nimmt und die paar Schritte zum Menschenrechtsdenkmal in der Fußgängerzone im Herzen der türkischen Hauptstadt geht. Das Mahnmal zeigt eine Frau, die in der universellen Erklärung der Menschenrechte liest. »Einen besseren Ort hätte ich nicht wählen können«, sagt Nuriye Gülmen. Mit geübten Griffen befestigen die Aktivisten handgemalte Schilder an der Metallfigur. »Ich wurde entlassen. Ich will meine Arbeit zurück!«, steht darauf. Dann rufen sie so laut es ihre Stimmen erlauben: »Wir sind Arbeitnehmer, wir haben Rechte! Die Regierung hat Zehntausende entlassen! Wir rufen alle dazu auf, sich mit uns zu solidarisieren.« Ein paar Passanten blicken auf, wenige halten an, viele hasten weiter und tun so, als ob es nichts zu sehen gäbe. 20 Meter entfernt stehen sechs junge, bärtige Männer in unifarbenen blauen Anoraks und beobachten die Szene. Einer filmt. »Die Polizei«, sagt Nuriye Gülmen. »Sie nehmen uns nicht mehr fest, aber sie sind immer dabei.« Trotzdem ist die Nicht-Verhaftung ein kleiner Sieg für Nuriye Gülmen.

Sie ist eine von rund 20.000 Akademikern, die unter dem Ausnahmezustand nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli ihre Arbeit verloren, weil sie angeblich die Putschisten gegen den Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan unterstützten. »Ich habe nichts damit zu tun«, sagt Gülmen. »Meine Suspendierung ist ein Witz.« Einen Monat, nachdem sie den Bescheid der Seldschuken-Universität im zentralanatolischen Konya erhielt, ging die linke Literaturdozentin nach Ankara, um für ihre Rückkehr in den Hörsaal zu kämpfen. »Im ersten Monat meines Protestes haben sie mich jeden Tag nach zwei Minuten festgenommen. Haben mich einige Stunden festgehalten und dann wieder freigelassen«, erzählt sie. »Irgendwann wurde es ihnen zu viel, und sie haben damit aufgehört.« Fünf Stunden steht sie seither jeden Tag in der Fußgängerzone und schreit ihre Wut heraus.

So ist Nuriye Gülmen in den sozialen Medien der Türkei zur Ikone des Widerstands geworden gegen ein kafkaeskes Herrschaftssystem, das Widerspruch nicht duldet und kleinste Abweichungen mit größtmöglicher Härte bestraft. Hieß es ursprünglich, dass sich die staatlichen »Säuberungen« nur gegen die Anhänger des in den USA lebenden Islampredigers Fethullah Gülen – den angeblichen Auftraggeber des Militärputsches – richten sollten, so wurde schnell klar, dass sie auch andere Regierungskritiker betrafen, die gar keine Verbindung zu den Gülenisten hatten: Linke, Liberale, Gewerkschafter, oppositionelle Kurden. Ihr eigener Fall zeige, dass fast jeder von den Behörden attackiert werden könne, ohne die Chance, sich juristisch zu wehren,

sagt Nuriye Gülmen. »Bitte unterstützen Sie mich und unterschreiben Sie meine Petition«, ruft Nuriye Gülmen den Passanten in Ankara zu. Hin und wieder trauen sich vor allem junge Leute, eine Unterschrift für sie zu leisten. Nuriye Gülmen war das Risiko bewusst, als sie sich entschied zu protestieren.

Sie wusste, dass regierungskritische Demonstrationen seit dem Putschversuch von der Polizei meist mit großer Härte aufgelöst wurden. »Aber ich wollte ja keine Demonstration veranstalten. Ich will ja nur meinen Job zurück«, sagt sie.

le, ihn zu verlängern. Nuriye Gülmen klagte und gewann ihren Prozess. Inzwischen hatte man ihr eine neue Stelle in der erzkonservativen Stadt Konya zugewiesen. Am ersten Arbeitstag sollte sie dort einen Bogen mit 42 Fragen ausfüllen, in dem es vor allem um den vereitelten Putsch und die Gülen-Bewegung ging. Sie war schockiert. »Keine einzige Frage beruhte auf einem konkreten Verdacht. Aber einige Fragen sollten mich zwingen, meine Gedanken zu offenbaren und andere Leute zu denunzieren. Das war total inakzeptabel, und das sagte ich denen auch.« Als sie dann nach dem

Wochenende zur Arbeit kam, erhielt sie den Suspendierungsbescheid. Nuriye Gülmen überlegte einen Monat lang, was sie tun sollte. Sie beriet sich mit Freunden aus der Gewerkschaft und entschied sich dann, in der Hauptstadt zu protestieren, wo alle Regierungsstellen liegen. Zwar sagten ihr viele Freunde Unterstützung zu. Doch als sie schließlich loslegte, stand sie fast ganz allein in der Fußgängerzone. »Alle haben Angst – vor dem Gefängnis, vor Misshandlungen, vor der Arbeitslosigkeit«, erklärt sie die Zurückhaltung. Genau das sei es, was die Regierung mit dem Ausnahmezustand erreichen wolle: Einschüchterung und Hoffnungslosigkeit.

Nur eine Handvoll Kollegen begleiteten Nuriye Gülmen am 9. November, als sie erstmals am Menschenrechtsdenkmal ihre Plakate in die Luft hielt. Kaum wollte sie eine Presseerklärung verlesen, umringelten sie Bereitschaftspolizisten und nahmen sie fest. »Sie warfen mir vor, das Demonstrationsrecht verletzt zu haben und hielten mich fünf Stunden im Gewahrsam.«

Am nächsten Tag kam sie zur gleichen Zeit an dieselbe Stelle. Wieder wurde sie nach zwei Minuten festgenommen. Diesmal warf man ihr Erregung öffentlichen Ärgernisses vor und brumnte ihr eine Strafe von ungerechnet 30 Euro auf, an anderen Tagen für »Nichtbefolgung von Polizeibefehlen« das Doppelte. Weil sie sich weigerte, freiwillig mitzukommen, trugen sie stets fünf oder sechs Polizisten mit Gewalt weg. »Ich habe davon schmerzhaft Druckstellen davongetragen. Im Einsatzwagen wurde ich übel beschimpft, manchmal zertritten sie mich auf der Wache brutal auf den Boden«, berichtet sie.

Seit Anfang Dezember wird die Aktivistin nur noch sporadisch mitgenommen. »Ich bin so glücklich darüber, als hätte ich schon meine Arbeit zurück«, sagt sie lächelnd. »Leute können hierherkommen und ihre Meinung sagen, ohne festgenommen zu werden.« Sie ist auch längst nicht mehr allein. Oft stehen Freunde mit ihr am Denkmal. Wildfremde drücken ihre Solidarität aus. Die Polizei hat sie allerdings gewarnt: Sollte sich eine größere Gruppe bilden, würden alle festgenommen. An diesem kalten Dezembertag kommen immer

wieder Freunde vorbei, die heißen Tee, warme Teigtaschen oder süßes Gebäck bringen. Die meisten gehören der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen an, die Gülmens Aktion zwar ideell, aber nicht praktisch unterstützt, aus rechtlichen und strategischen Gründen. Tatsächlich müssen Gülmens Unterstützer fürchten, selbst verfolgt zu werden. Eine Gymnasiastin, die ihr zur Seite stand, wurde nicht nur festgenommen, sondern auch von ihrer Schule verwiesen. Trotzdem schloss sich der Grundschullehrer Semih Özakca, ein langjähriger Freund Gülmens, Ende November ihrem Protest an, nachdem er seine Arbeit im südostanatolischen Mardin verloren hatte. Özakca wurde fünf Mal zusammen mit Nuriye Gülmen festgenommen und sei dabei von der Polizei geschlagen worden, berichtet der 27-jährige Lehrer, auch er ein aktiver Gewerkschafter. »Es ist ein Witz, uns mit den Gülenisten in Verbindung zu bringen, denn wir haben sie immer bekämpft, als Erdogan und die AKP mit ihnen noch Händchen hielten.«

Nur mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft kommen sie finanziell über die Runden. Nuriye Gülmen sagt, sie könne jeden verstehen, der nicht so mutig sei. Es sei wohl gut, dass sie weder Familie noch Kinder habe. »Sonst würde ich vielleicht auch anders reden.« Aber sie hofft, dass ihr Beispiel Schule macht. Als Gülmen und Özakca ihre Transparente am Abend einrollen, kommt ein Pädagoge aus der Mittelmeerstadt Izmir auf sie zu. Er sei vor anderthalb Monaten entlassen wurde, weil er ebenfalls Mitglied der Gewerkschaft sei, erzählt der 50-Jährige. Er ist nach Ankara gekommen, um sich bei Gülmen zu informieren, wie man den Protest organisieren könne. »Wir bewundern dich alle!«, sagt er. Der Lehrer aus Izmir will kämpfen. Doch Tausende von Akademikern, vor allem Jüngere, haben resigniert und die Türkei verlassen. Tausende andere sind auf dem Sprung ins Ausland. Nuriye Gülmen hält davon gar nichts. »Ich werde hier bleiben«, sagt sie bestimmt und mit blitzenden Augen. »Das ist mein Land, hier sind meine Familie, meine Freunde, meine Wurzeln. Diese Regierung soll verschwinden – nicht wir.«



Illustration: Eva Sempere

ANZEIGEN

IV. ANARCHISTISCHE BUCHMESSE MANNHEIM

Rund 25 Lesungen, Vorträge und Workshops. Über 30 Verlage und Ausstellende. Abendprogramm mit Theater und Musik. Kontakte, Austausch und Vernetzung. Café und vegane Gerichte. Übernachtungsmöglichkeiten.

21.–23. April 2017
Jugendkulturzentrum FORUM
http://buchmesse.anarchie-mannheim.de/
E-Mail: buchmesse@anarchie-mannheim.de

graswurzel revolution

Isst du gerne gelben Schnee?

Kreuzchen bei der AfD
Fotoquelle: Katzen gegen Glatzen

GWR 416, Februar 2017
Widerstand gegen AfD
Millionen gegen Trump
Antimilitarismus heute
Mit Rassismus gegen
Sexismus: Boris Palmer
Antifaschismus
Von Hanf ist die Rede
Russland: Neoliberalismus
Spanien: Gegen die Krise
Aserbaidschan: 10 Jahre
Haft für ein Graffiti
Griechenland: Syriza baut
soziale Rechte ab
Mexiko: Zapatismus
Probeheft kostenlos:
graswurzel.net/service

U-Haft und Rauswurf

Mehr als 115.000 Menschen verloren seit dem Putschversuch Mitte Juli ihre Arbeit in den Sicherheitskräften, Gerichten, Behörden, Schulen und Universitäten. Gerade die Unis, traditionell Rückzugsraum linker Intellektueller, wurden massiv attackiert und büßten 15 Prozent ihres Personals ein. Mehr als 41.000 Menschen sitzen wegen des Putschversuchs in Untersuchungshaft. Mehr als eine Million Menschen in der Türkei leiden inzwischen darunter, dass sie die Ernährer der Familie verloren haben; die Suspendierten werden oft gesellschaftlich geächtet und finden deshalb keine andere Arbeit. (fno)

Erstveröffentlicht:

Kölner-Stadtanzeiger, 30.12.2016

Frank Nordhausen arbeitet als Auslandskorrespondent in Istanbul für die Berliner Zeitung, die Frankfurter Rundschau und den Kölner Stadt-Anzeiger. Seit Dezember 2011 berichtet er außerdem regelmäßig in seinem an die Berliner Zeitung angeschlossenen Webblog »Gruß vom Bosphorus«.

MÄRZ 2017: WELTKULTURERBE VÖLKLINGER HÜTTE

» Die Firma sind wir « Film- und Vortragsreihe zu Wirtschaftsdemokratie im Saarland

Bürger wollen stärker politisch mitbestimmen, aber die Mitbestimmung in der Wirtschaft befindet sich in der Krise. Die saarländische Kultur der Solidarität ist von der Montanindustrie geprägt. Die Kohle fällt allerdings langsam ganz aus und Stahl steht in hartem internationalem Wettbewerb. In dieser Situation wird für das Saarland nach nachhaltigen Visionen gesucht. Sie sollen an die Werte der Region anknüpfen, benötigen aber neue Formen der Umsetzung

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Mehr Wirtschaftsdemokratie im Saarland könnte eine Antwort darauf sein, die Solidarität und individuelle Freiheit ins Lot bringt. Konkret heißt das: mehr Mitarbeiterbeteiligung in Groß- und Mittelbetrieben, mehr Bürger- und Beschäftigten-Genossenschaften mit Tarifverträgen, mehr sozial-ökologische Mitmachprojekte wie Gemeinschaftsgärten und solidarische Landwirtschaft, Schülergenossenschaften oder genossenschaftliche Dorfläden.

Dazu braucht es Ermutigung. Wie kann die Politik helfen? Was bringt eine Vernetzung der Kräfte, die in diese Richtung arbeiten? Welche saarländischen Institutionen sind dabei als Unterstützer gefragt? An drei Abenden mit Filmen und Kurzvorträgen sollen diese Themen im Kino des Weltkulturerbes Völklinger Hütte diskutiert werden:

• Dienstag, 7. März 2017

Film »FRALIB: Arbeiter einer Teebeutel-Fabrik kämpfen für eine Genossenschaft« sowie Vortrag »Produktivgenossenschaften in Deutschland« von Burghard Flieger, Leiter, innova eG



▲ Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte ist eine von derzeit 39 Welterbestätten der UNESCO in Deutschland. Ihr Besuch bedeutet Industriekultur pur erleben. Dazu gehören die dunklen Gänge der Möllerhalle genauso wie die Aussichtsplattform am Hochofen.

Foto: Weltkulturerbe Völklinger Hütte / Gerhard Kassner

Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, Freiburg.

Erfolgreiche Übernahme durch die Arbeiter_innen

Die Arbeiter_innen der Teebeutel-Fabrik Fralip (Unilever) in Marseille kämpften seit Januar 2011 gegen die Schließung, um die Fabrik zu übernehmen. Im September hatten 100 von 182 Arbeiter_innen die Fabrik besetzt. Sie schlugen eine Art Kooperative der Angestellten vor, als Alternative zu anderen Übernahmeangeboten. Das Ziel: Der britisch-niederländische Konzern Unilever sollte sich noch einmal an den Verhandlungstisch setzen und die Marke Elefant den Angestellten überlassen. Doch der Chef von Unile-

ver Frankreich bleibt jahrelang hart, der Kampf ging vor Gericht. Während dessen machten sie als Arbeiterkooperative ihren eigenen Tee »1336«.

Fast vier Jahre engagierten sich die Arbeiter_innen gegen die Schließung der Teefabrik. Das erfreuliche: Sie haben es geschafft! Die Arbeiter_innen konnten ihre Fabrik schließlich übernehmen: Die Teefabrik vor den Toren Marseilles wird jetzt in Selbstverwaltung betrieben. Nach mehreren kämpferischen Jahren haben die 76 verbleibenden Arbeiter_innen von Fralip im Mai 2014 den Konflikt mit dem Lebensmittel-Multi Unilever beendet und eine Genossenschaft gegründet: die SCOP. TI. Sie übernahmen die Fabrik, die Maschinen und 20 Mio. Euro Startkapital. Seit September 2015 sind nun

die Packungen der Tee-Marke »1336« in den Regalen vieler französischer Supermärkte zu finden.

• Dienstag, 14. März 2017

Film »Das Mondragon Genossenschaftsnetzwerk«, Vortrag: »Die Kooperation zwischen Mondragon und der transatlantischen Stahlarbeitergewerkschaft USW: Lehren für das Saarland« mit John Clay, Arbeitsmarktanalytist und Aktivist aus Minnesota/USA.

Die größte Industriegenossenschaft der Welt kooperiert mit Gewerkschaft

Beteiligung, Teilhabe, soziale Verantwortung und Innovation sind

die Werte, die sich der Genossenschaftsverband Corporación Cooperativa Mondragon — kurz MCC — in der gleichnamigen baskischen Kleinstadt auf die Fahnen geschrieben hat. Seit der Gründung 1956 bestimmen die Genossen selbst über die Firmenpolitik und darüber, wohin die Gewinne fließen sollen: in den Kapitalstock des Genossenschaftsverbundes, in Bildung oder für soziale Zwecke der Kommune. Der Rest wird an die Beschäftigten ausgeschüttet. Trotz neuer Produktionsstätten in Fernost, Südamerika und Europa wurden keine Beschäftigten entlassen. Vielmehr sind neue Arbeitsplätze entstanden. Spannend zudem: Mittlerweile gibt es einen »Gewerkschafts-Genossenschafts-Vertrag« zwischen der US-Stahlarbeitergewerkschaft USW und dem Genossenschaftsverband Mondragon in Spanien. Bei diesem Vertrag stehen direkte Beteiligung und kollektive Selbstorganisation im Zentrum. Der Kooperationsvertrag stützt das Engagement von Gewerkschaften, sich für gute Löhne der Beschäftigten einzusetzen.

• Dienstag, 21. März 2017

Kurzfilme aus dem Saarland zu Wirtschaftsdemokratie mit Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Politiker und Experte zu Mitbestimmung, Mitarbeiterbeteiligung und Genossenschaften. Einführungen jeweils durch Dr. Stephan Peter.

Der Eintritt für alle drei Veranstaltungen ist frei.

Weitere Informationen

über das Netzwerk Wirtschaftsdemokratie oder das Weltkulturerbe: peterst55@gmail.com bzw. ArnoHarth@voelklinger-huette.org.

KOMMT BEWEGUNG IN DIE RECHTSFORMENFRAGE?

Genossenschaften und Alternativen

Nach einem Beitrag zu den Vorzügen der Rechtsform Genossenschaft für solidarisches Wirtschaften von unserer Autorin Elisabeth Voß im September 2015 (Contraste 372) hatte sie ein Jahr später alternative rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten vorgeschlagen (Contraste 384, September 2016). In der folgenden Ausgabe erschien daraufhin ein Leserbrief des ALAN Umzugskollektivs in Reutlingen, das sich nach Jahrzehnten im Frühjahr 2016 genau die hier vorgeschlagene Form gegeben hatte. Dazu nun ein Nachtrag sowie weitere genossenschaftliche Informationen.

VON ELISABETH VOß, BERLIN

Ein genossenschaftliches Unternehmen lässt sich zum Beispiel ohne die Rechtsform der Genossenschaft »basteln«, indem ein Kollektiv in der rechtlichen Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) eine wirtschaftlich am Markt tätige GmbH gründet, deren einzige Gesellschafterin diese GbR ist. Das ALAN Umzugskollektiv hat sich diese Form gegeben. Alle 22 Kollektiv-Mitglieder sind Gesellschafter*innen der GbR.

Eine GmbH muss ins Handelsregister eingetragen werden, eine GbR nicht. Im Handelsregister müssen alle Gesellschafter*innen einer GmbH aufgeführt werden. Wenn nun eine GbR Gesellschafterin einer GmbH ist, reicht es nach der aktuellen Rechtslage nicht aus, nur diese GbR zu benennen,

sondern alle ihre Mitglieder müssen im Handelsregister eingetragen werden. Mit dem Notar hat das ALAN-Kollektiv vereinbart, bei Ein- oder Austritten aus der Kollektiv-GbR einmal jährlich eine aktualisierte Liste der Gesellschafter*innen zu übermitteln. Diese Liste muss nicht beurkundet, sondern lediglich vom Notar an das Amtsgericht weitergeleitet werden. Änderungen des Stammkapitals sind damit nicht verbunden. Daher ist der Wechsel von Gesellschafter*innen auf diese Art trotzdem einfacher als innerhalb einer GmbH.

Die derzeitige Rechtslage ist umstritten. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte am 24. Mai 2016 (Aktenzeichen 27 W 27/16) eine Entscheidung des Amtsgerichts Siegen, dass bei einer solchen Gesellschaftsgestaltung die GbR-Gesellschafter*innen mit Namen und Anschrift einzutragen seien. Die betroffene Gesellschaft hat gegen diese Entscheidung eine Rechtsbeschwerde eingelegt, die zur grundsätzlichen Klärung am Bundesgerichtshof zugelassen wurde (Aktenzeichen II ZB 12/16).

Zulassung von Wirtschaftsvereinen?

Da Genossenschaften in Deutschland der Prüfungspflicht unterliegen, suchen kollektiv wirtschaftende Gruppen häufig nach alternativen Rechtsformen. Ein »Bündnis für geeignete Rechtsformen für das Bürgerschaftliche Engagement« fordert seit Langem

die Befreiung von der Prüfungspflicht für kleine Genossenschaften oder die Zulassung wirtschaftlicher Vereine. Während Genossenschaften auf gemeinschaftliches Wirtschaften ausgelegt sind, dienen Vereine ideellen (also nicht-wirtschaftlichen) Zwecken. Die Auslegung, was darunter zu verstehen ist, hat sich in den letzten Jahren verschärft. Immer mehr Vereinen, die zum Beispiel Kinderläden, Freie Schulen oder Dorfläden betreiben, droht die Aberkennung des Vereinsstatus wegen angeblich unerlaubter wirtschaftlicher Betätigung.

In einem Referentenentwurf vom November 2016 schlägt das Justizministerium nun vor, »dass bei sehr kleinen Genossenschaften jede zweite Prüfung in Form einer sogenannten vereinfachten Prüfung durchgeführt wird, die weniger aufwändig und daher kostengünstiger ist. Für ganz kleine Initiativen, die die Kosten einer Prüfung gar nicht erwirtschaften können, soll der Zugang zur Rechtsform des rechtsfähigen wirtschaftlichen Vereins dadurch erleichtert werden, dass durch den Gesetz- bzw. Verordnunggeber die Zugangsvoraussetzungen konkretisiert werden, wobei ein Mindestmaß an Gläubiger- und Mitgliederschutz sichergestellt werden soll.« Darüber hinaus sind eine Reihe von Änderungen des Genossenschaftsgesetzes enthalten, die der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) ausführlich kommentiert hat.

Genossenschaften demokratisieren?

So soll zum Beispiel der umstrittene Paragraph 27 des Genossenschaftsgesetzes geändert werden. Dieser beschränkt die Entscheidungsbefugnisse der Mitglieder, indem er bestimmt: »Der Vorstand hat die Genossenschaft unter eigener Verantwortung zu leiten.« Immerhin hat er »dabei die Beschränkungen zu beachten, die durch die Satzung festgesetzt worden sind.« Es ist also schon heute zulässig, den Mitgliedern in der Satzung für bestimmte Geschäftsvorgänge Entscheidungsrechte einzuräumen, was jedoch nicht immer genutzt wird. Das Justizministerium möchte nun hinzufügen: »Die Satzung kann vorsehen, dass der Vorstand an Weisungen der Generalversammlung gebunden ist.« Damit könnte grundsätzlich die Macht in die Hände der Mitglieder gelegt werden. Wenn diese Gesetzesänderung verabschiedet würde, wäre die Rechtsform Genossenschaft für Kollektivbetriebe und selbstverwaltete Hausprojekte deutlich attraktiver als bisher. Wenn es den Mitgliedern bestehender Genossenschaften gelänge, entsprechende Satzungsänderungen durchzusetzen, gäbe es Hoffnung, dass sich die Genossenschaftskultur insgesamt demokratisieren könnte.

Umgekehrt kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass rechtliche Änderungen automatisch das sozia-

len Miteinander verändern würden. Die kulturellen Gepflogenheiten in genossenschaftlichen Organisationen hängen von vielen Faktoren ab, und eine Kultur der Kooperation entwickelt sich aus den sozialen Beziehungen und der aktiven Beteiligung der Mitglieder. Ein rechtlicher Rahmen, der den Mitgliedern umfassende demokratische Rechte einräumt, kann jedoch durchaus förderlich sein.

Referentenentwurf des Justizministeriums: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Buergerliches_Engagement.html
Kommentar des ZdK: <http://www.zdk-hamburg.de/blog/2016/12/bmjv-veroeffentlicht-referentenentwurf/>

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Südländischer Herd mit Mährischen Indigenen Genossen in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

HINTERGRÜNDE DER AKTIONEN GEGEN DIE ÖSTERREICHISCHE WAFFENFIRMA GLOCK

Der Krieg beginnt hier

Anfang des Jahres wurde in Ferlach im österreichischen Bundesland Kärnten die Wand des Firmengeländes von Glock mit der Aufschrift »war starts here«, »Glocks beste Kunden: Breivik, IS und rassistische Cops. Österreich ist stolz.« und »mit Qualität zur Barbarei« versehen. Aus der Presseerklärung der Aktivist*innen ging unter anderem hervor, dass es ihnen ein Anliegen war, den Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg von Glock und dem Einsatz dieser Waffen weltweit aufzuzeigen.

ETTY SCHLICHT, ÖSTERREICH

Die Firma Glock hat zwei Produktionsstätten in Österreich – eine in Ferlach/Kärnten, die andere in Deutsch-Wagram/Niederösterreich. Die Firma hat außerdem Niederlassungen in den USA, den Arabischen Emiraten, Uruguay, Hongkong und eine zahllose Liste von Repräsentanten in beinahe jedem Land der Welt. Laut der »Kleinen Zeitung« vom 9.8.2016 hat die Firma Glock 2015 ihren Gewinn auf 128 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Der Umsatz des Weltmarktführers für Pistolen stieg um 55 Prozent auf 501 Millionen Euro. Und vor allem wurde in dem Artikel lobend erwähnt, dass die Firma ihren Mitarbeiter*innenstand (trotz Verdoppelung des Gewinns) stabil gehalten hat. Für Glock arbeiten 1.325 Menschen, die als legale Arbeit in Österreich für Glock Waffen bauen, deren einziger Sinn es ist, Repression durch Angst zu stützen, zu verletzen und zu töten.

Zerstörung ist gleich Produktivität, scheint hier die Gleichung zu lauten. Schockierend, dass Arbeitsplätze, der Gewinn und Reichtum Einzelner eine wichtigere Rolle spielen als das Leben von Menschen. Hier wird sichtbar wie wenig Menschenleben wert sind, während mit patriotisch geschwollener Brust der österreichische »Erfolgs-



▲ Eines der Graffitis am Eingang zum Gelände der Waffenfirma Glock

Foto: ETTY SCHLICHT

betrieb« gefeiert wird. Glock ist nicht alleine in Österreich. Da gibt es auch noch Steyr Mannlicher und Hirtenberger, die ganz oben im internationalen Waffenhandel mitspielen. Und natürlich ist auch da Österreich nicht alleine, sondern Waffenproduktion und Gebrauch sind Teil des aktuellen Weltwirtschaftssystems.

In der ganzen Welt wird mit österreichischen Waffen getötet, verfolgt und vertrieben. Menschen müssen flüchten. Unter anderem auch nach Österreich, wo viele der Waffen herkommen mit denen diese Menschen vertrieben wurden. Und hier wird dann geschimpft auf die Flüchtlinge, anstatt

dass verstanden wird, dass es globale Zusammenhänge sind, in denen jede einzelne Person Verantwortung trägt. Und dafür tragen auch die Österreicher*innen Verantwortung. Durch ihr »Ja« zur Waffenproduktion in Österreich sagen sie auch »Ja« zu Kriegen und Morden, die durch diese Waffen durchführbar sind.

2011 hat der Rechtsextreme Anders Breivik 77 Jugendliche in einem Ferienlager getötet -unter anderem mit einer Glock 34. Glock Waffen werden von der US amerikanischen Polizei verwendet. Auch um rassistisch motiviert zu töten. In den 1980er Jahren hatte der damalige Diktator in Syrien

Hafex Al-Assad eigens angefertigte Glock-Pistolen für seine Präsidentengarde erworben. Laut der »Presse« vom 11.1.2013 wurde die Glock zur Standardwaffe bei den militanten Sunniten, die »die Amerikaner angriffen.« (...) In Afghanistan geschah das Gleiche. Eine große Anzahl von Glocks, mit denen die lokalen Armeeeinheiten ausgestattet wurden, verschwand einfach. Bei wem auch immer ihre Pistolen schließlich gelandet sind, die Firma Glock profitierte von Bushs weltweitem Krieg gegen den Terrorismus, so wie schon früher von dem einheimischen Kampf gegen das Drogengeschäft.« 2006 wurde eine Glock-Pistole in der

Krisenregion Darfur im Sudan gesichtet. Waffenlieferungen waren zu diesem Zeitpunkt dorthin verboten. Amnesty International berichtete vom Auftauchen der Glock-Pistole und wurde dafür vom Eigentümer Gaston Glock verklagt. Den Prozess gewann Amnesty International. Können Waffen nicht direkt geliefert werden, wird über Drittländer gehandelt.

Im Frühjahr 2007 untersagte die österreichische Regierung Glock den Export in den Irak. Aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung geht hervor, dass Glock deshalb mit einer Abwanderung in die USA gedroht hat. Für die Waffenindustrie ist es nötig, dass Hass und Angst geschürt werden, damit immer mehr Menschen das Gefühl bekommen, nur durch den Besitz einer Waffe in Sicherheit zu sein. In den USA ist das bereits sehr weit fortgeschritten. Laut Neuer Zürcher Zeitung (NZZ) vom 7.8.2016 sollen in den USA über 300.000 Schusswaffen im Umlauf sein.

Aus diesen Zusammenhängen wird ersichtlich, wie tragend auch die österreichische Rolle in den Kriegsherden der Welt ist. Der Beitrag zu einer Welt, in der Gewalt eine tragende Rolle spielt, ist nicht zu übersehen. Auch ist es möglich, durch dieses Zusammendenken zu verstehen, wie eine kapitalistische Gesellschaftsordnung mit dem Fokus auf Gewinnsteigerung und Absatzmarkterschließung die Gewalt weiter schürt. Jede verkaufte Waffe, jedes Plus in den Bilanzen bedeutet potenziell mehr Tote und mehr Vertriebene.

Da bleibt nur noch zu fragen: Wie hoch ist der Preis? Wie viele Menschen dürfen im Namen des Profits noch weiter getötet werden? Wie lange können wir uns vor der Verantwortung, die wir als Teil dieser Gesellschaft haben, verschließen?

**KRIEG VERHINDERN
WAFFENFIRMEN SCHLIEßEN - JETZT - ÜBERALL!**

Schwerpunkt «Laienverteidigung - Staatsanwaltschaften geben contra!«

Der Widerstand gegen Abbau und Verstromung von Braunkohle hat nicht nur innerhalb von vier Jahren aus direkten Aktionen weniger Aktivist*innen eine breite Protestbewegung geschaffen, sondern sorgt dort, wo der Staat mit seinen repressiven Mitteln zugunsten von RWE & Co. eingreift, auch für ein weiteres Novum. Denn nirgends ist die Idee der Selbst- und Laienverteidigung vor Gericht so ausgeprägt wie hier. Die taz schrieb am 24.12.2016 dazu (<http://www.taz.de/!5366337/>): »Knapp eineinhalb Jahre nachdem im August 2015 rund 1.000 Aktivist*innen der Bewegung »Ende Gelände!« in den Braunkohletagebau Garzweiler bei Köln eingedrungen sind, beginnt am Amtsgericht Erkelenz die juristische Aufarbeitung der Proteste. Das kleine Amtsgericht in Nordrhein-Westfalen wird dabei zum Schauplatz einer ganzen Reihe von Strafprozessen. Es geht um das Durchbrechen von Polizeiketten, um verschiedene Formen der Vermummung und um das Abseilen von einer Autobahnbrücke. Das Gericht beschäftigt aber nicht nur diese strafrechtlichen Fragen, sondern auch eine besondere Form der Verteidigung: In den Strafprozessen sollen statt zugelassener Rechtsanwälte

nach dem Willen der Angeklagten sogenannte Laienverteidiger_innen zum Einsatz kommen – Aktivist_innen aus den eigenen Reihen, die selbst keine Anwaltszulassung besitzen und prinzipiell auch keine abgeschlossene juristische Ausbildung. Grundsätzlich können nach geltender Rechtslage im Strafprozess aber nur zugelassene Rechtsanwälte und Juraprofessoren verteidigen. Eine Lücke wollen die Aktivist*innen im Absatz 2 des Paragraphen 138 der Strafprozessordnung entdeckt haben. Dort heißt es: »Andere Personen können nur mit Genehmigung des Gerichts gewählt werden.« Am Amtsgericht in Erkelenz wird die Theorie nun in der Praxis erprobt. Nach den ersten Prozesstagen zeichnet sich bereits ab, dass die von den Aktivist*innen angestrebte neue Form der Verteidigung auch auf Widerstand treffen wird. Gleich in mehreren Verfahren gibt es Streit um die Zulassung der Laienverteidiger.

Genauer: Nachdem am 16.11.2016 alle drei Autobahnkletterer-Angeklagten je eine_n Laienverteidiger_in genehmigt bekamen und diese sechs zusammen einen brillanten Prozess führten, zog die Staatsanwaltschaft gleich mehrere Notbremsen: Sie wechselte den Anklagevorwurf (inzwischen erneut gewechselt auf Nötigung) und beantragte den Rauswurf aller (!) Verteidiger_innen. Noch liegt keine Entscheidung des Gerichts vor –

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

aber das dürfte spannend werden. Dürfen Menschen sich solidarisch unterstützen und selbstbestimmt agieren oder schafft sich der Staat missliebige Menschen vom Hals und eine robuste Verteidigung im Gerichtssaal – unter Beifall etlicher Anwaltsorganisationen und Rechtshilfegruppen, die ebenfalls ihre Monopolstellung nicht verlieren wollen.

Spannend am Rande: Nachdem es per Laienverteidigung bereits gelang, Zugang zu Gefangenen in Knästen zu schaffen, gibt es jetzt auch erstmals die Genehmigung zur Verteidigung eines Forensikpatienten.« Die Idee der Laienverteidigung schafft somit Löcher, wo bisher kaum ein Durchkommen war.

Infos: www.laienverteidigung.tk

**Endlich auch auf Youtube:
»Unter Paragraphen«**

Der Film wird so manche ärgern: Mit versteckten Aufnahmegaräten und Kameras haben Aktivist_innen einige Prozesse rund um den Braunkohlewiderstand mitgeschnitten. Die Auswahl war eher zufällig, d.h. es ist nicht davon auszugehen, dass hier besonders unverschämte Richter_innen aufgezeichnet wurden. Vielmehr ist wahrscheinlich, dass die Mitschnitte den Alltag an Widerlichkeiten zeigen. Im Filmstudio »Streifen wagen!« der Projektwerkstatt Saasen ist daraus ein anklagender, aber

gleichzeitig als Lehrfilm geeigneter Zusammenschnitt entstanden. Denn er zeigt gleich dreierlei. Erstens wie ein Gerichtsprozess einschließlich der Vorphase laufen müsste, dann – eben mit den Originalsequenzen – wie alles tatsächlich läuft, und schließlich, wie mensch sich hätte wehren können. Die am Ende kämpferische Auseinandersetzung führte zu einem Happy-End für die Angeklagten. Der Film läuft auf <https://youtu.be/nHTn7Gzys4o>, er ist Creative commons, d.h. er kann frei weiter verbreitet und gezeigt werden.

Gefängnisaufrüstung in Birmingham

In dem Privatgefängnis HMP Birmingham in Großbritannien fand am Freitag, den 16. Dezember 2016 ein Gefängnisaufrüstung statt. Mehrere hundert Gefangene überwalligten Wächter, verschafften sich Schlüssel und steckten verschiedene Räume in Brand. Dies ist bereits der dritte Gefängnisaufrüstung in Großbritannien innerhalb der letzten zwei Monate. Am 7. November 2016 waren im HMP Bedford etwa 200 Gefangene an einem Aufrüstung beteiligt. Am 29. Oktober 2016 rebellierten Gefangene bereits im HMP Lewes in East Sussex. In einem Kommentar des Ex-Gefängnisdirektor Phil Wheatly werden vor allem die aktuellen Kürzungen der Tory-Regierung verantwortlich gemacht.

Welche Rolle Privatisierung und Ökonomisierung des Strafvollzuges dabei spielen, fehle in der Debatte weitgehend, obwohl es vermehrt Berichte über katastrophale Haftbedingungen, 23-Stunden-Einschluss und gestiegene Selbstmordraten unter Gefangenen gibt.

Quelle: <http://de.indymedia.org/node/11406>

Angeklagte im Abseits?

Probleme und Chancen zunehmender Orientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug – so lautet der Untertitel des Buches. Darum geht es auch, aber nur unter anderem. In der Tat wird in verschiedenen Kapiteln beleuchtet, wie die Situation eines vermeintlichen Opfers in einem Strafprozess ist. Durch ethische prozessuale Maßnahmen ist diese in den vergangenen Jahrzehnten gestärkt, die Autor_innen meinen aber auch: entmündigt worden. Immer noch sei die Lage schwierig. Erst recht gilt das für Angeklagte. So müsste das Resümee des Buches eigentlich lauten, dass Strafverfahren für alle Seiten nichts Gutes bedeuten. Doch zu einem solchen Fazit fehlt den Autor_innen offenbar der Mut. Sie belassen es bei der Beschreibung.

Helmut Pollähne und Irmgard Rode: »Opfer im Blickpunkt - Angeklagte im Abseits?« (2012, Lit in Münster, 186 S., 19,80 €)

Jörg Bergstedt

ZUR (WIEDER-)ANEIGNUNG EINER INSTITUTION

Parlamentssanierung



▲ Nicht nur das Parlamentsgebäude sanieren!

Foto: Edda Dietrich (CC BY-SA 2.0)

Nicht nur das Parlamentsgebäude, sondern auch die Demokratie muss saniert werden, wenn dem Aufstieg der Rechten und dem Ausschluss immer größerer Gruppen aus den politischen Prozessen ein Ende gesetzt werden soll.

VON TAMARA EHS, SALZBURG

Mit dem neuen Jahr beginnt der Umbau des österreichischen Parlaments. Bis zum Oktober 2020, wenn die Verfassung 100 Jahre alt wird, soll das Gebäude renoviert sein. Die Sanierung geschieht zu einer Zeit, in der einerseits bereits 39 Prozent der ÖsterreicherInnen die Aussage »Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss«, befrworten und andererseits der Ruf nach direkter Demokratie stetig lauter wird. Doch statt sich von der Idee des Parlamentarismus abzuwenden, plädiere ich dafür, das Parlament zu stärken, indem man die besten Elemente aus beiden Zugängen verbindet: mehr Einflussnahme der BürgerInnen, wie man sie sich von der direkten Demokratie erhofft, und umfassendere Aushandlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, wie sie ein Parlament bereitstellen kann.

Neue Formen des demokratischen Miteinanders werden längst außerhalb der Institutionen erprobt und gelebt; nun ist es an der Zeit, diese ins Parlament hineinzutragen und es als Ort des zivilisierten Streitens zu nutzen. Politische Veränderungen und gesellschaftliche Transformationsprojekte basieren zwar auf zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Institutionen können durch ihre infrastrukturellen Ressourcen jedoch die Voraussetzungen für den Erfolg sozialer Kämpfe enorm verbessern.

Symptome

Das zentrale Versprechen der Demokratie ist gebrochen: Wir haben keine echte Wahl mehr, weil im Grunde alle Parteien – so unterschiedlich sie sich auch im Wahlkampf geben – letztlich ähnlich handeln. Regierungen schaffen am eigenen Parlament vorbei in Brüssel Fakten, die dann als »Sachzwang« scheinbar alternativlos zurückkehren. Zudem agieren Institutionen wie die Europäische Zentralbank oder der Internationale Währungsfonds hochpolitisch, ohne durch den Willen des Volkes legitimiert zu sein. Gegen all diese Beschneidungen der Souveränität und Handlungsfähigkeit hat sich das Parlament kaum zur Wehr gesetzt. Die stetig wachsende Zahl der NichtwählerInnen ist eine logische Konsequenz daraus. Warum sollten wir Parteien und damit Parlamente wählen, die gar nicht mehr das Sagen haben?

Dadurch ist unser politisches System in hohem Maße unpolitisch geworden. Zwar sind Boulevard und soziale Medien hochgradig politisiert, doch nicht in einer Weise, die anregt, Gefühle der Wut und Empörung zu organisieren und artikulieren, sondern sie werden bloß hysterisiert wiedergekaut. Es fehlen praktische Anleitungen, all den Ärger in kollektiv wirksames, also poli-

tisches Handeln zu überführen. Was bleibt, ist das Gefühl der Ohnmacht, weil »die da oben« ohnehin »tun, was sie wollen«. Es korrespondiert mit den Allmachtsphantasien mancher politischer EntscheidungsträgerInnen der nationalen und europäischen Exekutiven. So meinte die EU-Kommissarin Cecilia Malmström im Zusammenhang mit den Protesten gegen TTIP, dass ihr diese ziemlich egal seien, da sie ihr Mandat nicht von den Menschen Europas erhalten habe. Derart deutlich sind Aussagen selten, doch sie zeigen, wo die politische Spaltung tatsächlich verläuft: Entgegen manch rechtspopulistischer Polemik liegt der Graben nicht zwischen EU und Nationalstaaten, sondern zwischen Exekutive und Parlamenten. Zwar war die Europäische Union bereits vor der Krise 2008 nicht gleichwertig demokratisch legitimiert wie ihre einzelnen Mitgliedsstaaten. Doch seit damals findet ein weiterer Rückbau demokratischer Errungenschaften statt: Mit völkerrechtlichen Übereinkommen jenseits des EU-Regelwerks handeln die europäischen Regierungen am Europäischen Parlament, sowie an den nationalen Parlamenten vorbei. Wir erleben eine autoritäre Wende und eine Verschiebung des gesamten politischen Koordinatensystems nach rechts, was die eingangs erwähnte hohe Zustimmung zu einem »starken Führer« erst möglich gemacht hat.

Diagnose

Die Tatsache, dass viele politische Entscheidungen der vergangenen Jahre dem diskursiven Wettstreit der politischen Parteien entzogen waren, weil sie außerparlamentarisch verhandelt und beschlossen wurden, hat das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des parlamentarischen Systems an sich schwinden lassen. Bei jüngsten Umfragen antworteten 82 Prozent, gar kein, beziehungsweise wenig Vertrauen in die Politik zu haben. EntscheidungsträgerInnen werden nicht mehr als RepräsentantInnen des Volkes, sondern als Kaste, die sich selbst bedient, wahrgenommen. Der bekannte US-Ökonom Paul Krugman spricht von einer »rule by rentiers«: PolitikerInnen bedienen fast ausschließlich die Interessen der KapitalbesitzerInnen (zu denen sie selbst gehören, beziehungsweise wohin sie nach dem Ausscheiden aus der Politik beruflich wechseln werden) und vertreten nicht mehr die unteren Einkommensschichten. Letztere sind es jedoch, die überproportional nicht mehr Gebrauch von ihrem Stimmrecht machen. Dadurch kommt es zu einer massiven Unterrepräsentanz sozial schwächerer gesellschaftlicher Gruppen. Der Osnabrücker Politikwissenschaftler Armin Schäfer analysierte überzeugend in seinem gleichnamigen Buch den »Verlust politischer Gleichheit« (2015) und dessen Konsequenzen für die Demokratie: Die unteren Schichten seien weitgehend aus der politischen Partizipation ausgestiegen, denn ökonomische Ungleichheit wirkt sich direkt auf demokratische Teilhabe aus.

Die bildungsferneren und ärmeren Schichten werden höchstens noch von Rechtspopulisten

mobilisiert, die vorgeben, hier eine Repräsentationslücke zu schließen. Tatsächlich stehen auch sie nicht auf der Seite des »kleinen Mannes«, sondern artikulieren bloß Ängste, die aus den sozialen Rissen der marktliberalen Politik entstanden sind. Auch sie eröffnen keine neuen politischen Gestaltungsräume; ihre Versprechen von mehr direkter Demokratie sind keine Angebote politischer Erneuerung, sondern in Form von Plebisziten der Traum eines jeden Demagogen. Denn Referenden, die nicht auf einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft beruhen, sondern komplexe Fragen ohne vorhergehende Deliberation auf eine Ja/Nein-Wahl verkürzen, spielen allein den Rechtspopulisten in die Hände.

Ein Teil der gebildeten Mittelschicht experimentiert in dieser Situation mit Beteiligungsmöglichkeiten, die allerdings oft untauglich sind, die unterrepräsentierten Schichten in die Politik zurückzuholen und letztlich stets nur punktuell bleiben. Ihnen fehlt eine öffentliche Struktur, die Demokratie nicht nur auf Wahlbeteiligung beschränkt, sondern Experimente demokratischer Teilhabe unterstützt. Es bräuchte hierfür in allen rechtsetzenden Institutionen (Parlament, Landtag, Gemeinde) Raum und Budget, neue Formen des demokratischen Dialogs zu erproben.

Therapie

Statt die hysterisierten Massen für dumm zu erklären und sie durch paternalistische Pädagogik mit Fakten, Fakten, Fakten darüber aufzuklären wie die Welt »wirklich« ist, bedarf es der Möglichkeit, ihre »gefühlte Wahrheit« in den politischen Prozess einzubringen. Ein Praxisbeispiel sind BürgerInnenräte, wie sie etwa das Land Vorarlberg seit einigen Jahren umsetzt: Nach dem Zufallsprinzip werden zwölf bis fünfzehn BürgerInnen eines Ortes oder einer Region ausgewählt, die an zwei Tagen unter geschulter Moderation miteinander ein bestimmtes Thema erarbeiten. Obgleich ihre Schlussfolgerungen bislang lediglich unverbindliche Empfehlungen an die Landesregierung sind, stellen BürgerInnenräte vor allem gelebte politische Bildung dar. Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema und mit Menschen, mit denen man sonst nicht zwei Tage verbringen würde, weil sie nicht aus der eigenen ideologischen »Echokammer« stammen, gelangt man von einer »raw opinion« (Bauchgefühl) zu einer »informed opinion«.

Ein wichtiger nächster Schritt könnte darin bestehen, gewählte VolksvertreterInnen – seien es nun Nationalrats- oder Landtagsabgeordnete – in die BürgerInnenräte einzubeziehen und diese schließlich rechtsverbindlich zu machen. Hierzu bedarf es eines neuen Selbstverständnisses der ParlamentarierInnen als TeilnehmerInnen einer dialogorientierten Demokratie. Es geht um Möglichkeiten der Zusammenarbeit von gewählten RepräsentantInnen mit gelosten BürgerInnen, um »Politik als Resonanzbeziehung«, wie der Soziologe und Resonanzforscher Hartmut Rosa betont. Dadurch kann auch das

gegenseitige Misstrauen zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen überwunden werden. Denn während PolitikerInnen das Volk oft für dumm oder zu leicht beeinflussbar halten – ein häufiges Argument gegen die direkte Demokratie – traut das Volk seinen PolitikerInnen nicht mehr zu, in ihrem Sinne zu handeln.

Als Irland deshalb 2013 einen Verfassungskonvent einsetzte, entschied man sich, PolitikerInnen und BürgerInnen gemeinsam auf den Weg zu schicken, um das wechselseitige Vertrauen zu stärken. Der Konvent bestand aus 66 gelosten BürgerInnen und 33 PolitikerInnen, die über zwei Jahre hinweg gemeinsam mit ExpertInnen über wichtige Verfassungsartikel berieten. Die BürgerInnen erhielten Einblick in die Komplexität des politischen Entscheidungsprozesses und wurden sukzessive differenzierter in ihrem politischen Urteil, während die PolitikerInnen die gesuchte BürgerInnennähe nicht durch Worthüllen und Kirtagsauftritte absolvierten, sondern ernsthafte Willensbildung praktisch betreiben konnten.

Es ist ein Gebot der Stunde, sich die Politik wieder anzueignen und mit dem Fatalismus, dass man ohnehin nichts ändern könne, zu brechen. Hierbei sollten wir die alten Institutionen wie das Parlament nicht als obsolet abtun, sondern sie zurückerobert, während wir gleichzeitig neue Politikformen vorbereiten und eine Gegenmachtsperspektive ersinnen. Die Antwort liegt nicht in einer direkten Demokratie als permanenter Abstimmungsmaschinerie; es geht nicht um den Moment der Stimmabgabe, sondern um eine hinreichende Demokratisierung: BürgerInnenräte als fixer Bestandteil des Parlamentarismus wären für beide Seiten eine dauernde Schule der Demokratie. Die Sanierung des Parlamentarismus ist einer von vielen Schritten, die (teilweise gleichzeitig) gegangen werden müssen. Der Paradigmenwechsel läge darin, gemeinsam mit ParlamentarierInnen wieder die Grundfrage des Politischen zu stellen: Wie wollen wir zusammen leben? Wie wollen wir unsere sozialen Beziehungen gestalten, sodass ein gutes Leben überhaupt gelingen kann?

Die Verbindung von BürgerInnenräten und Parlamenten ermöglicht BürgerInnen und PolitikerInnen neue Rollen, indem man einen Begegnungs- und Gestaltungsraum schafft, der Teilhabe nicht auf Wahlen reduziert. Der belgische Historiker David Van Reybrouck geht in seinem Plädoyer »Gegen Wahlen« (2016) gar so weit, vorzuschlagen, eine Kammer des Parlaments wie bisher zu wählen, die andere jedoch unter allen BürgerInnen zu verlosen und als ständigen BürgerInnenrat einzusetzen. Jene konkrete Utopie ist keine Blaupause, sondern vielmehr Offenheit, wieder (in) Alternativen zu denken. Denn wenn die Krisenpolitik das Unerträgliche festschreibt, muss das Unmögliche gefordert werden: souveräne Parlamente auf allen politischen Ebenen. Will das Haus am Ring nicht nur architektonisch einen ausgeprägten Repräsentationsanspruch erheben, so wäre es ratsam, nicht nur das Gebäude, sondern auch die parlamentarische Demokratie zu sanieren.

Bürger*innenräte

In mehreren österreichischen Gemeinden und Regionen werden bereits mehr oder weniger regelmäßig Jugendräte und Bürger*innenräte abgehalten. Florian Sturm hat als Moderator einige davon begleitet.

MIT FLORIAN SPRACH FÜR CONTRASTE BRIGITTE KRATZWALD.

Florian, was genau kann man sich unter einem Bürger*innenrat oder einem Jugendrat vorstellen?

Ein Bürger*innenrat ist ein Beteiligungsverfahren, bei dem sich eine Gruppe von etwa 15 zufällig ausgewählten Leuten eineinhalb Tage lang mit einem oder mehreren Themen auseinandersetzt und ihre Sichtweisen, sowie gemeinsam entwickelte Ideen und Lösungen dann der Öffentlichkeit und der Politik präsentiert. Der Jugendrat ist das gleiche wie der Bürger*innenrat, nur auf junge Menschen eingeschränkt und dauert oft etwas kürzer.

Wie werden die Teilnehmenden ausgewählt?

Die Teilnehmer*innen werden per Zufall über das Melderegister ausgewählt. Man kann sich das wie bei der Bestellung von Schöffen vorstellen.

Was sind die Ziele?

Ein Ziel ist, über die diverse Zusammensetzung der Teilnehmer*innen ein möglichst komplettes Bild zu einem Themengebiet zu erhalten. Dadurch können Lösungsvorschläge entstehen, die auf die Interessen möglichst vieler Bürger*innen Rücksicht nehmen und daher dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Ein anderes Ziel ist, Motivation und Energie für Engagement und generell Mitwirkung am demokratischen Prozess zu schaffen. Das geschieht durch die Wertschätzung der Teilnehmer*innen und das Interesse an ihren Meinungen und Sichtweisen durch Moderation und Politik.

Wie laufen diese Prozesse ab? Was steht am Ende als Ergebnis?

Im Vorfeld gibt es natürlich eine Klärung des Themas und die Gründung einer Resonanzgrup-



▲ BürgerInnenrat Vorarlberg tagt

Büro für Zukunftsfragen VlbG / Martin Rausch

pe für den Bürger*innenrat. Das ist eine Gruppe von Menschen in der Region, der Gemeinde, aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die die Verantwortung für die weitere Behandlung und auch Umsetzung der Ergebnisse des Bürger*innenrats übernimmt. Dann folgt die Einladung und die Durchführung der eineinhalb Bürger*innenrat-Tage selbst. Anschließend findet eine Präsentation statt, bei der die Ergebnisse den politischen Vertreter*innen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dabei gibt es auch die Chance für alle Bürger*innen, sich zu einem präsentierten Themengebiet einzubringen.

Ergebnisse können entweder Projektideen sein, Vorschläge für politische Maßnahmen oder auch »Statements«, die die Vision für das behandelte Thema darlegen oder den Rahmen abstecken. Nach der öffentlichen Präsentation geht es um das Weitertragen der Ergebnisse in den politischen Prozess und die Umsetzung möglicher

entstandener Projekte. Dabei können sich die Teilnehmer*innen des Bürger*innenrats weiter engagieren – vor allem wenn eine Projektidee entstanden ist – müssen sie aber nicht. Hier ist die Resonanzgruppe gefragt, die je nach Art des Ergebnisses vernetzt, nachfragt oder informiert. Um keine Frustration bei den Teilnehmer*innen des Bürger*innenrats auszulösen, sollten diese auch periodisch informiert werden, was mit ihren Ergebnissen passiert.

Was geschieht mit den Ergebnissen? Gibt es schon Erfahrungen mit der Umsetzung?

Das kommt auf die Art der Ergebnisse an. Je nach Art der Ergebnisse werden Projektideen, die entstanden sind einfach gleich umgesetzt. Beispielsweise bei einem Jugendrat in Gutau – die Jugendlichen haben die Betreuung des Jugendzentrums wieder übernommen; oder bei

einem Jugendrat in Vöcklabruck – jugendliche Teilnehmer*innen haben gemeinsam mit einem Stadtrat und einem Vertreter der Volkshilfe eine Veranstaltung zum Thema »Betteln« organisiert; oder die Ergebnisse werden in die politischen Gremien getragen und dort behandelt, wie die Aufbereitung und Aussendung eines Info-Magazins zum Thema »Flüchtlinge« in Vorarlberg. Werden Forderungen nicht umgesetzt, muss den Teilnehmer*innen die Situation auf Augenhöhe kommuniziert werden. Wichtig ist, dass der Austausch zwischen Politik und Bürger*innen in Gang kommt, Wissen über die unterschiedlichen Bedürfnisse und Strukturen ausgetauscht wird und gegenseitiges Vertrauen entsteht.

Besteht nicht die Gefahr, dass solche Prozesse lediglich als Feigenblatt benützt werden, das Politiker*innen zur Legitimation dient, wie wir es von vielen partizipativen Prozessen bisher kennen? Was wäre notwendig, damit mit solchen Formaten wirklich eine Veränderung der Machtverhältnisse möglich wäre?

Ja, diese Gefahr besteht, weil die Ergebnisse des Bürger*innenrats nicht rechtlich bindend sind. Im Grunde hängt es davon ab, wie viel Entscheidungsmacht die Politiker*innen gewillt sind, an die Bürger*innen abzutreten. Meiner Meinung nach ist eine der Hauptaufgaben in der Begleitung von Bürger*innenräten, den Politiker*innen glaubhaft zu machen, dass sie darauf vertrauen können, dass »ihre Bürger*innen« Lösungen im Sinne der Allgemeinheit entwickeln werden. Das Vorarlberger Büro für Zukunftsfragen hat hier schon nachgeforscht, und die Ergebnisse zeigen, dass »normale Bürger*innen« in so einem Format gleichwertige Ergebnisse erzeugen wie Gruppen von Expert*innen. Wir alle sind »Expert*innen für unsere Lebensrealität« und können mit Hilfe geeigneter Strukturen bestimmen, welche politischen Rahmenbedingungen wir für ein gutes Leben wollen.

Links

jugend-rat.at/

vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuer_zukunftfragen

DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE

Die Beteiligungsrevolution

Patrizia Nanz und Claus Leggewie schlagen in ihrem Buch »Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung« (Wagenbach Verlag 2016) eine vierte Gewalt im Staat vor, die BürgerInnen eine dauerhafte Stimme bei Entscheidungen einräumt. Nora Hofstetter arbeitet am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam als wissenschaftliche Referentin von Patrizia Nanz und befasst sich mit Beteiligung und Machtverhältnissen.

MIT NORA SPRACH BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ.

Nora, wo siehst du Probleme mit der Demokratie, so wie es jetzt läuft?

Aktuell erleben wir eine Entkopplung der Wähler*innen von ihren Repräsentant*innen. Organisationen wie Parteien, Kirchen und Gewerkschaften haben lange eine Brücke

zwischen der Allgemeinheit und den politischen Eliten geschlagen. Doch heute schwinden diesen Organisationen die Mitglieder dahin. Gleichzeitig beteiligen sich anteilmäßig weniger Menschen an Wahlen und das Vertrauen in Politiker*innen sinkt. Dieser Vertrauensverlust ist nachvollziehbar, wenn Politiker*innen ihre Entscheidungen mit Alternativlosigkeit begründen, wie etwa im Falle der Bankenkrise und sich dabei ihre eigene Steuerungsunfähigkeit bescheinigen. Auf den Punkt bringt es die von Colin Crouch formulierte Postdemokratie-These: das parlamentarische System der repräsentativen Demokratie funktioniert oft als pure Fassade, aber de facto werden Entscheidungen durch außerhalb der Volksvertretungen angesiedelte Machtgruppen und deren Lobbys durchgesetzt, die keiner Rechenschaftspflicht unterliegen.

Was ist die Konsultative und was würde sie verändern?

Die Konsultative ist ein Ansatz, die repräsentative Demokratie durch Bürgerbeteiligung zu ergänzen und wiederzubeleben. Damit Beteiligung erfolgreich ist, muss sie Qualität haben: die Beteiligten sind nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, nehmen an einem qualitativ hochwertigen Prozess teil und die gewählte Politiker*innen beziehen öffentlich zu den eingebrachten Vorschlägen Stellung. Außerdem muss Bürgerbeteiligung institutionalisiert werden, also einen festen Platz neben bestehenden politischen Prozessen haben. Nur so wird deutlich: Die Engagierten und ihr Beteiligungswille gehen nicht weg. Nur so findet ein grundsätzliches Umdenken statt.

Als Expert*innen ihrer eigenen Lebensumstände entwickeln die Beteiligten im lernenden Austausch miteinander innovative Vorschläge. Dabei geht es übrigens nicht darum, ständig einer Meinung zu sein, ganz im Gegenteil: grundlegende Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Zukunft, über Werte und Bedürfnisse finden hier Raum, den sie in den Parlamenten selten haben, weil hauptsächlich auf das nächste Wahlergebnis geschickt wird. Ausgehend von dieser vierten Gewalt kann also eine Repolitisierung des politischen Systems stattfinden.

In dem Buch wird von einer »Beteiligungsrevolution« gesprochen. Was ist damit gemeint?

Der Begriff Beteiligungsrevolution kam zunächst in den 1960er Jahren auf, als das Bedürfnis nach lokaler Mitwirkung und Selbstgestaltung politischer Prozesse wuchs. Es entstanden Bürgerinitiativen, außerparlamentarische und soziale Bewegungen mit dem Anspruch »selbst Politik zu machen«. Auch aktuell fühlen sich Menschen nicht im bestehenden System repräsentiert, obwohl sie mitgestalten wollen. Die Folge ist, ehemalige Nichtwähler*innen sowie frustrierte Wähler*innen finden bei rechtspopulistischen Parteien einen Platz im System und unverhohlener Rassismus wird salonfähig.

Wäre die Konsultative nicht eher eine Unterstützung des derzeitigen Systems oder siehst du wirklich Möglichkeiten zu einer Änderung der Machtverhältnisse?

Das ist in meinen Augen eine zentrale Frage, die auf mehreren Ebenen eine Rolle

spielt. Erstens müssen in Beteiligungsformaten verschiedene soziale Gruppen vertreten sein, zum Beispiel verschiedene Geschlechter, Menschen mit und ohne Rassismuserfahrung, Menschen aus verschiedenen Einkommens- und Bildungsschichten, Menschen mit und ohne Behinderung und insbesondere: Menschen verschiedener Altersgruppen, da es um langfristige Gestaltung geht. Um Machtverhältnisse zu verändern, müssen gerade diejenigen Gehört finden, die sonst in der Allgemeinheit übergangen werden. Ob das gelingt, steht und fällt mit der Fähigkeit der Moderierenden, Diskriminierungen zu verhindern und eine vertrauensvolle, kooperative Atmosphäre zu schaffen.

Zweitens fußen die von Bürger*innen entwickelten Vorschläge nicht auf Partikularinteressen von Lobbygruppen, sondern auf den kombinierten Erfahrungen und Einsichten der Beteiligten. Wenn Politiker*innen die Ablehnung eines Vorschlags nicht stichhaltig begründen können, machen sie sich selbst der Hörigkeit gegenüber Interessengruppen verdächtig.

Drittens zielt die Konsultative auf ein neues Bewusstsein des Zuhörens und der Kooperation mit Blick auf die Auswirkungen lokaler, heutiger Politik auf andere Orte und die Zukunft. Sie will die parlamentarische Demokratie nicht abschaffen, sondern durch die Ergänzung um eine vierte Gewalt verbessern. Langfristig können sich durch einen Bewusstseinswandel jedoch auch die bestehenden Institutionen selbst verändern. Als transdisziplinäres Institut möchten wir mit Praktiker*innen unser Konzept weiterentwickeln und bei der Implementierung von Beteiligungsverfahren der Politik beratend zur Seite stehen.

ANZEIGE

Men's Hell
BAYERS
Hormon-Pillen

Topikoma
im neuen Magazin

www.stichwort-bayer.de · info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination

STICHWORT
BAYER (Konzernzeitung konkret)

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

MÜLHEIM 2020: GUT GEDACHT - SCHLECHT GEMACHT

Soziales EU-Programm zur Gentrifizierung genutzt

Nicht nur die Entwicklung auf dem Lande, auch benachteiligte Stadtteile werden inzwischen mittels EU-Gelder gefördert. Köln-Mülheim ist so einer. Hier lag 2007 die Arbeitslosigkeit fünf Prozentpunkte höher als im Stadtgebiet. Mit Geldern aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sollten innerhalb von fünf Jahren ausgesuchte Mülheimer Problemquartiere in wichtigen Bereichen auf städtisches Niveau gebracht werden. Ein integratives Handlungskonzept namens Mülheim 2020 - Programm wurde von städtischer Seite erarbeitet, von der EU genehmigt und vom Rat der Stadt Köln im Jahre 2009 beschlossen.

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Um dieses Konzept zu erstellen, hatte die Stadt im Vorfeld eine Planungsfirma beauftragt. Deren Mitarbeiterin, eine Volkswirtschaftlerin, weilte etliche Wochen im Stadtteil. Alle relevanten Statistiken wurden ihr zur Verfügung gestellt. Sie sprach mit der Stadtverwaltung, ebenso mit verschiedensten Vereinen und Initiativen, um die Situation zu ergründen und Verbesserungsvorschläge zu sammeln. Daraus entwickelte sie das Mülheim 2020 Programm. Vielfältige Projekte in den Bereichen Lokale Ökonomie, Bildung und Sanierung der Geschäftsstraßen waren darin enthalten mit einer Fördersumme von insgesamt 40 Millionen Euro, darunter ein selbstbestimmtes Wohn- und Arbeitsprojekt für Langzeitarbeitslose, eine sprachliche Frühförderung in den Kindertagesstätten für Migrant*innen-Kinder, Entwicklung von Geschäftsstraßen mit Verweilcharakter. Ziel des Handlungskonzeptes war es, innerhalb von fünf Jahren einen selbsttragenden Aufschwung auszulösen und den gebeutelten Stadtteil sozial, arbeits- und bildungsmäßig wie städtebaulich dauerhaft ein gutes Stück nach vorne zu bringen.

Bemerkenswert ist, dass in der Planung eine gelungene »Teilhabe light« stattfand. Nicht die ganze Bevölkerung wurde mobilisiert, sehr wohl aber viele Akteure im Stadtteil – Vereine wie Institutionen. Aber mach nur einen Plan, würde Bert Brecht wie in einem seiner Lieder dazu gesungen

haben. Nach der Verabschiedung des Handlungskonzeptes im Stadtparlament tat sich nämlich erst einmal kaum was, obwohl die Zeit drängte.

eingrichtet worden war. Bürgereingaben kamen in der Bezirksvertretung auf die Tagesordnung.

Dann kamen die erste Absagen. Ein Baurecy-

klungstechnische Gründe geliefert. Die Spatzen piffen es aber von den Dächern, dass genau die politisch missliebigen Vorhaben von der städtischen Projektleitung ins Aus geführt wurden.

Das Ende vom Lied: Ein Viertel der 40 Millionen Euro an Fördermitteln wurden gar nicht abgerufen. Die vorgesehenen Gelder zur Schaffung von Arbeitsplätzen schrumpften gar um zwölf Millionen Euro, während die Stadterneuerung wundersamerweise um sieben Millionen Euro zulegte. Verkehrte Welt: Die EU-Förderung war nur deshalb möglich, weil in erster Linie Arbeitslose und Bedürftige gefördert werden sollten. Bei ihnen kamen aber nur Brotkrumen an, viel von dem EU-Geld floss dagegen an Baufirmen. So ist Mülheim ein benachteiligter Stadtteil geblieben, allerdings nun schön aufgehübscht.

Offensichtlich haben hier Verwaltungsbeamte im Einverständnis mit politischen Seilschaften das Stadtparlament hintergangen. Mülheim soll cool werden, Gentrifizierung lässt grüßen. Das soziale Förderziel wurde dabei verfehlt. Mittels Beauftragung einer Werbe-Agentur sollte das Mülheim 2020-Programm für die Öffentlichkeit aber doch als großer Erfolg erscheinen. Der Trick: Man sprach nur von den Vorhaben, die umgesetzt worden waren, alles andere ließ man unter den Tisch fallen. Dies konnte die Bürgerinitiative teils durchkreuzen. Ihre stets konkrete Kritik an der Durchführung des Mülheim-Programms fand oft Widerhall in der Tagespresse. Einige Nachbesserungen wurden auch erreicht, so etwa konnte die sprachliche Förderung in den Kitas gerettet werden.

In Köln zumindest scheint das Mittelalter noch präsent zu sein. Leitende Beamte der Verwaltungsapparate können hier noch im 21. Jahrhundert wie damals mächtige Fürsten agieren. Demokratie von unten wagen, heißt denn auch nicht nur auf der legislativen Ebene, Teilhabe einzufordern, sondern sich gleichfalls mit den neuen Fürsten anzulegen. In der Realisierung von Projekten und Handlungskonzepten ist ein Parlamentsbeschluss leider noch nicht einmal die halbe Miete wert.

Mehr Informationen: <http://rettet-unsere-veedel.lina-koeln.org>



▲ Protest der BI-Rettet Mülheim 2020

Foto: m2020

Einzig das Projekt »Stadtteilmütter« kam voran, eine Hilfestellung für Migranten*innenfamilien. Schließlich bildete sich Ende 2010 die Bürgerinitiative »Rettet Mülheim 2020« mir ihrer schlagkräftigen Forderung: »Alle Projekte umsetzen«. Die Bürgerinitiative machte Öffentlichkeitsarbeit, entwickelte selber Vorschläge, führte Aktionen durch, stellte kritische Fragen im monatlich tagenden Veedelsbeirat, der für die Projektzeit

clinghof, wo es Wochen zuvor noch hieß, dass alles im grünen Bereich wäre, wurde eingestampft mit der Begründung, dass dies nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben wäre, da die Förderlaufzeit mit zwei Jahren zu kurz sei. Kein Wunder, fünf Jahre waren dafür vorgesehen gewesen. Und weitere Projekte wurden gar nicht realisiert, auffällig diejenigen im Bereich Lokale Ökonomie. Stets wurden dafür verwal-

PLATTFORMGESTÜTZTE UTOPIE

Selbstregierte öffentliche Güter

Liberalisierungen, Privatisierungen, Öffentlich-Private-Partnerschaften (PPP), so erzwingt das Kapital seit Jahrzehnten neoliberalen Umbau. Mit dem Plattform-Kapitalismus hat es eine neue Front eröffnet. Von unten regt sich dagegen die Hoffnung auf einen neuen Plattform-Kooperatismus. Der folgende Vorschlag setzt die Latte noch etwas höher an.

VON HANS CHRISTIAN VOIGT, WIEN

Ich darf ein Konzept vorstellen, das als tiefgreifendes utopisches Modell und weitreichende politische Forderung betrachtet werden kann. Es wurde bislang in kleinen Kreisen sowie bei zwei Veranstaltungen diskutiert und hat den Namen »liquid autonomy« (fließende Autonomie) verpasst bekommen. Es geht um nicht weniger als die Selbstregierung öffentlicher Güter von unten, und zwar in vielen Aspekten auf vielen Ebenen. Drei Aspekte davon sollen hier kurz ausgeführt werden: mehr Demokratie, mehr Raum abseits von Markt und Staat, mehr Sicherheit und Selbstbestimmung in unser aller Daseinsvorsorge.

Kein Stück vom Kuchen, die Bäckerei

Wir diskutieren immer wieder über Partizipation, Politikverdrossenheit, Demokratie. Ohne hier auf unsere Begriffe von Politik und Demokratie eingehen zu können, möchte ich zumindest das mit der Partizipation etwas wenden. Die Forderung nach mehr Partizipationsmöglichkeiten hat zu sehr etwas von einem Ersuchen, das jene anmelden, die die Ressourcen haben, Beteiligung einbringen zu können. Der Begriff der Teilhabe kommt im Ton schon etwas selbstbewusster, einfordern und konkreter daher. In der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ginge es um Teilhabe aller, die Anteil an der Arbeit in einem

Unternehmen haben; Anteil am Management, an der Steuerung, an der Regierung. Das und noch mehr will liquid autonomy, nämlich die vollständige, autonome und ständige Regierung von X durch alle Teilhabenden an X.

Die Mittel dazu haben wir bereits. Wenn das Internet für die Industrie4.0 Plattform zur vernetzten Steuerung globaler Konzerne werden kann, wenn über Plattformen im Internet ganze Operationsbereiche der Gesellschaft zerschlagen und neu regiert werden, wenn wir umgekehrt die Plattform des world wide web dazu nutzen können, uns als soziale Bewegungen unser freies Wissen neu zu organisieren, dann können wir auch die Organisationseinheiten der Daseinsvorsorge plattformunterstützt selbst regieren.

Das könnte das öffentlich-rechtliche Medienunternehmen sein, eine Universität, die Bahn, ein Stromversorger, Telefonanbieter oder der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, für den Selbstverwaltung immerhin gesetzlich vorgeschrieben ist. Formal sind diese Unternehmen in der Regel unabhängig, ausgegliedert, »in die Autonomie übergeführt«. In der Realität sind sie dem Einfluss der politischen Regierungen und des Markts unterworfen.

Kollektivierung in der digitalen Gesellschaft

Warum übernehmen wir die Steuerung dieser Unternehmen, die öffentliche Güter und Infrastruktur verwalten, nicht selbst? Warum sollte eine Privatisierung nicht die Wendung in die Selbstverwaltung bekommen? Kollektivierung an Stelle neoliberaler Privatisierung?

Selbstverwaltung von unten scheint eine große Hürde aufzuweisen, die sofort überall als Gegenargument geführt wird: Sie sei umso aufwendiger, umso komplizierter und langsa-

mer, je größer die Organisation ist. Es brauche dann mehr Hierarchie, hauptamtliche Entscheidungsträger_innen, einen professionellen Stab. Dass die Realität des Internets hier neue Zugänge bieten könnte, liegt auf der Hand. Binnen eines Jahrzehnts ist das Organisationsprinzip der »Soziale Netzwerke«-Plattformen zum gesellschaftlichen Faktor geworden.

Nun ist es ein Problem, dass diese Plattformen in der Hand weniger privater Unternehmen liegen. Das Problem liegt jedoch ausschließlich in der Eigentumsfrage und nicht im Prinzip der digitalen Plattformen vernetzter Benutzer_innen. Denken wir an die Plattform nicht als Außen, als Dienstleistung eines privaten Unternehmens, über das wir keine Kontrolle haben, sondern als Innen, als Betriebsmittel unseres kollektivierten, selbstregierten Unternehmens, würde es anders aussehen. Der Code der Plattform, Server, Daten ... alles wäre in unserem Besitz und Gegenstand der Mitbestimmung.

Regelwerk für die laufende Selbstverwaltung

Das Konzept der liquid autonomy basiert auf dem Bereitstellen einer digitalen Plattform, zu der alle Teilhabenden gleichrangigen Zugang haben. Teilhabende sind im und für das Unternehmen Arbeitende sowie die Nutzer_innen, vormals Kund_innen, jetzt Teilhaber_innen. In Anlehnung an das liquid democracy-Konzept gibt es differenzierte Optionen der Delegation. Die Plattform hat Soziale Netzwerk-Funktionalität, ermöglicht also allen direkte Beziehungen ohne Umweg über oder Kontrolle durch eine vermittelnde Instanz.

Liquid autonomy sieht vier Säulen autonomer Selbstregierung vor, nach denen die Funktionalität der Plattform gebaut wird: Deliberation,

Kontrolle, Strategie und Personal. Die Säule der Deliberation steht im Kern für allgemeine Debatte. Moderation ebenso redaktionelles Aufarbeiten der Kommunikation gehören zu den qualitativ und quantitativ aufgewerteten Aufgaben im Unternehmen. In die Säule der Kontrolle fällt das Berichtswesen, die Rechenschaftsregeln. Das Ziel ist ein ausgewogenes Verhältnis der checks'n'balances, die Vermeidung von Informationsausschlüssen als Machtinstrument. Mit der Strategie-Säule werden kollektive Richtungsentscheidungen getroffen und über die Personal-Säule anstehende Personalentscheidungen operationalisiert.

Nun stelle mensch sich das im großen Stil vor: Unsere gesamte Daseinsvorsorge derart in autonomen Unternehmen von unten regiert, ein robustes System mit klaren Interessen und uns allen als Interessensvertreter_innen.

ANZEIGE

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

// Die Monatszeitschrift

JAHRESABO
für €47,50

PROBEABO
für €10,00

JETZT BESTELLEN
www.lateinamerika-nachrichten.de

Wie marginalisierte Gruppen eine Stimme bekommen



▲ Forumtheater zum Thema Demokratie beim Elevate Festival 2016

Foto: Elevate Festival



▲ Aufführung von »Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED« im österreichischen Parlament

Foto: Interact

Die von Augusto Boal entwickelte Form des Forumtheaters wird durch konsequentes Arbeiten mit sozial benachteiligten Gruppen zu einem partizipativen Instrument, das Menschen ermöglicht, ihre Erfahrungen unmittelbar in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

MICHAEL WRENTSCHUR, GRAZ

Landhaus Steiermark: Nach der Aufführung des Forumtheaters »Kein Kies zum Kurven Kratzen«, bei dem Menschen mit Armutserfahrungen die Hauptdarsteller_innen sind, diskutieren diese Vorschläge und Forderungen mit Landtagsabgeordneten. Als eine Folge dieser ungewöhnlichen Intervention wird in der darauffolgenden Sitzung des Landtags Steiermark das Sozialhilfegesetz im Sinne einer wesentlichen Forderung einstimmig geändert.

Graz, Bezirk Lend, Fröbelpark: Jugendliche zeigen in Theaterszenen, zu welchen Konflikten der verschiedenen Benutzer_innengruppen die zunehmende Platznot im öffentlichen Raum führt. Unmittelbar nach einer Aufführung gibt es einen runden Tisch. Als ein Ergebnis wird das vielen Jahre in der Schublade liegende Konzept der temporären Nutzung von Schulhöfen erstmals in einem Pilotversuch umgesetzt.

Land Tirol: Menschen mit Behinderungen führen in allen Bezirken ein Forumtheaterstück auf, indem sie ihre alltäglichen Herausforderungen und Schwierigkeiten bei Behörden, in Einrichtungen, am Arbeitsplatz etc. zum Ausdruck bringen. Das Publikum ist eingeladen, Lösungen direkt in den gezeigten Theaterszenen auszuprobieren und darüber hinaus politische Vorschläge zu formulieren. All dies wird dokumentiert und wird zur Grundlage eines neuen Gesetzes zu Tiroler Behindertenhilfe.

Theater als politische Arbeit

Diese Beispiele haben etwas gemeinsam: Forumtheater wird zu einem Werkzeug von demokratischer Beteiligung und öffentlicher Dialoge unter Einschluss der »Ausgeschlossenen«. Dahinter stehen Konzept und Praxis des Legislativen Theaters, das erstmals zwischen 1993 bis 1996 im Stadtparlament von Rio de Janeiro realisiert wurde. Augusto Boal, der Begründer des »Theaters der Unterdrückten«, nutzte seine Rolle und die damit verbundenen Ressourcen als gewählter Stadtrat der PT (Arbeiterpartei), um

Theater mit politischer und legislativer Arbeit zu verbinden und dabei vor allem die Anliegen, Vorschläge und Forderungen aus der Bevölkerung in die Tat umzusetzen und diese an der Entwicklung von Gesetzesvorschlägen zu beteiligen.

Dazu gab es ein internes Kabinett, das für die im engeren Sinn parlamentarische und legislative Arbeit zuständig war. Das externe Kabinett widmete sich den kontinuierlich arbeitenden 25 – 30 Theatergruppen, deren Mitglieder vor allem aus benachteiligten, marginalisierten communities stammten. Diese Gruppen entwickelten Theaterstücke über ihre jeweilige soziale Problematik, führten diese auf öffentlichen Plätzen und Straßen, in Cafés und Kulturzentren auf und luden die Zuschauer_innen im Sinne des interaktiven Forumtheaters dazu ein, ihre Ideen und Vorschläge für Veränderungen und Verbesserungen einzubringen. Diese wurden gesammelt, dokumentiert, reflektiert und in der Folge vor allem dahingehend ausgewertet, inwieweit sich daraus politische Initiativen im Stadtparlament für die Veränderung, Neueinführung oder Abschaffung von Gesetzen ableiten ließen.

Die Impulse und Ideen aus den öffentlichen Forumtheateraufführungen wurden über das externe in das interne Kabinett weitergeleitet und in der Folge zu Gesetzesentwürfen und zu anderen politischen Projekten umgewandelt. Insgesamt kam es zu vierzig Gesetzesinitiativen im Stadtparlament, dreizehn Gesetze wurden verabschiedet. Dazu zählten ein Zeugenschutzprogramm für Straßenkinder und Verbesserungen der medizinischen Versorgung alter sowie psychisch kranker Menschen. Aber auch städtebauliche Maßnahmen zum Schutz von sehbehinderten Menschen, ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das Motels verpflichtet, bei heterosexuellen Paaren denselben Preis zu verlangen sowie andere Gesetze entsprangen den partizipativen Theaterprozessen.

Einflussnahme statt Anpassung

Mittlerweile hat sich die Idee des Legislativen Theaters in vielen Varianten in der ganzen Welt verbreitet. Davon inspiriert arbeitet seit 2002 unter anderem auch InterACT, die Werkstatt für Theater und Soziokultur in Graz, mit dieser Form des politisch-partizipativen Theaters. Lebensweltliche Erfahrungen von Menschen werden mit Mitteln der Theaterkunst ästhetisch

verdichtet und in Folge gesellschaftlich wie politisch wirksam, was zahlreiche Projekte und mit ihnen verbundene Aufführungen in Gemeinden, im Landtag und im Parlament verdeutlichen.

Besonders Menschen mit Ausgrenzungs- und Armutserfahrungen, die zumeist am öffentlich-politischen und kulturellen Leben nur wenig teilhaben, werden ermutigt, mit ihrer eigenen Stimme zu sprechen, ihre Rolle als gesellschaftlich und politisch Agierende wahrzunehmen und ihre Anliegen und Interessen mit der Sprache des Theaters zum Ausdruck und in den öffentlich-politischen Diskurs einzubringen. Nicht die Anpassung an das vorherrschende System steht dabei im Vordergrund, sondern die oft konfliktreiche und widersprüchliche Einflussnahme durch alternative Ideen, Werte und Interessen. Zudem wird eine Debatte über gesellschaftliche Teilhabe, sozialen Einschluss und Ausschluss angeregt.

Dabei zeigt(e) sich wiederholt, dass bei den Projektmitwirkenden das kritische Interesse an gesellschaftspolitischen Prozessen und an deren Mitgestaltung gestärkt wird, indem Zusammenhänge zwischen lebensweltlichen Erfahrungen und gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen bewusst werden. Und es wird dafür gesorgt, dass Anliegen und Wünsche wirklich Berücksichtigung finden, um eine Politik von unten zu machen. »Weil man kann keine Gesetze machen, die wirklich funktionieren sollen, wenn man über jemanden spricht und für den jemanden irgendein Gesetz macht, wenn man überhaupt keine Ahnung hat, was das für eine Situation ist, in der er lebt«, wie eine Projektteilnehmerin meinte. Betroffene stellen sich dabei als Expert_innen ihres eigenen Lebens dar sowie »als Expert_innen des sozialpolitischen Kontexts, weil [...] die Schauspieler sich mit inhaltlichen Fragen zum Thema auseinandersetzen müssen« (ein Projektpartner). Menschen, die oft unsichtbar bleiben, bekommen eine Bühne, »aber in einer Form, die sie zu Handelnden macht oder zu Agierenden«. Die emotionale, authentische, lebensnahe und ästhetisch verdichtete Aufbereitung von Themen eröffnet Einblicke in Realitäten und Lebenswelten.

Gesetzliche Verankerung als Ziel

Das von Menschen mit Armut- und Ausgrenzungserfahrungen abgekoppelte politische System öffnete sich dadurch zumindest temporär, die politische Wirkung wird durch

Einsicht und Empathie unterstützt. Dies kann Impulse für Handlungen und Veränderungen geben, stößt in Bezug auf politische Nachhaltigkeit aber immer wieder an Grenzen: Türen zu politischen Entscheidungsräumen gehen oft schnell wieder zu, Machtbeziehungen und Dynamiken des politischen Systems können durch Legislatives Theater in der Regel nicht verändert werden. Es braucht Geduld, Dialogbereitschaft, Vernetzung, kritische Gegen- und Widerstandsbewegung, taktisches Geschick sowie mediale Strategien, damit die Vorschläge und Anliegen im politischen Prozess weiterwirken.

Notwendig sind aber auch formale Strukturen und gesetzliche Verankerungen für andere Formen der Partizipation, die symbolische Anerkennung allein reicht nicht aus. Vielmehr muss das System der repräsentativen Demokratie durch Elemente einer partizipativen Demokratie ergänzt werden, und zwar möglichst nahe an den alltäglichen Lebenswelten der Mitglieder einer Gesellschaft, sodass diese in einem möglichst hohen Maß zu Beteiligten politischer Entscheidungsprozesse werden, egal ob es dabei um Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur geht. Das Legislative Theater bildet dazu eine bereits vielfach erprobte Möglichkeit.

Link: www.interact-online.org

Weitere Infos zu Idee, Hintergrund und Beispielen gibt es in folgendem Text:

http://erwachsenenbildung.at/magazin/archiv_artikel.php?mid=9928&aid=10033

Weitere Projekte und Initiativen

Eine Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der BürgerInnen in ihrer Gemeinde sind **BürgerInnenhaushalte**. Die Idee ging vom brasilianischen Bundesstaat Porto Alegre aus und wird mittlerweile in vielen Ländern, auch in Deutschland praktiziert. Kürzlich hat Portugal als erstes Land ein partizipatives Budget auf Landesebene angekündigt. Eine Übersicht gibt es auf:

de.wikipedia.org/wiki/Bürgerhaushalt

Demoenergie ist ein Forschungsprojekt zu Konflikten und Bürgerbeteiligung in der Energiewende. Es wurde u.a. die Legung einer Stromtrasse in Bayern von Anwohner*innen entwickelt. Mehr Informationen auf demoenergie.de

Ein interessanter und zukunftsweisender Beteiligungsprozess war die Entwicklung einer neuen **Verfassung in Island** durch gewählte BürgerInnen, an der sich über Soziale Medien etwa 3.000 Menschen beteiligten. Obwohl von einer überwältigenden Mehrheit der IsländerInnen angenommen, hat das Parlament im letzten Moment die Einführung vereitelt. Die Menschen in Island sind jedoch noch nicht gewillt, aufzugeben. Der Prozess und der Entwurfstext können nachgelesen werden auf stjornlagarad.is/english

In Bologna haben Politik, Verwaltung, Juristen und BürgerInnen gemeinsam eine Regelung erarbeitet für den Schutz und die Weiterentwicklung urbaner Commons, die kurz als **Bologna Regulation** bezeichnet wird: labgov.it/wp-content/uploads/sites/9/Bologna-Regulation-on-collaboration-between-citizens-and-the-city-for-the-cure-and-regeneration-of-urban-commons1.pdf

Politik von unten ist eine Plattform, die es sozialen Bewegungen erleichtern soll, unmittelbaren Druck auf Entscheidungsträger auszuüben, aus Abwehrkämpfen in die Offensive politischer Themensetzung zu gehen: politikvonunten.org

Weitere Webseiten zum Thema:

besserentscheiden.at partizipation.at

ANZEIGE

Papyrossa Verlag | www.papyrossa.de

Thomas Wagner
DAS NETZ IN UNSERE HAND!
Vom digitalen Kapitalismus zur Datendemokratie
166 Seiten | € 13,90

Wie lassen sich Google, Facebook, Twitter und Co. an die Leine nehmen? Wie lässt sich die Datenknechtschaft bezwingen? Es geht um die

Rückeroberung des virtuellen Raums. Ein öffentlich kontrolliertes Internet wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg vom digitalen Monopolkapitalismus zur Datendemokratie.



Thomas E. Goes
AUS DER KRISE ZUR ERNEUERUNG?
Gewerkschaften zwischen Sozialpartnerschaft und Bewegung | 186 Seiten | € 13,90

Prekarisierung sowie neue soziale Spaltungen verlangen nach Antworten. Die »Gewerkschaft als Bewegung« setzt auf klare Konfliktorientierung, Ausbau demokratischer Machtpositionen in den Betrieben und die Verbindung etwa mit Erwerbslosen-

gruppen oder Bündnissen gegen Privatisierung.



Conrad Schuhler
DIE GROSSE FLUCHT
Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen | 2. Auflage
131 Seiten | € 12,90

Die Verantwortung für die Große Flucht wird hierzulande ebenso verdrängt wie deren Ursachen. In den Blick geraten die Kriege des Westens sowie Armut und Verelendung, verursacht durch eine Wirtschaft, die tötet. Was sind die Alternativen zu Rassismus und Nationalismus, zu Abschottung und zur Festung Europa?

elendung, verursacht durch eine Wirtschaft, die tötet. Was sind die Alternativen zu Rassismus und Nationalismus, zu Abschottung und zur Festung Europa?

Jetzt das Papyrossa-Verzeichnis anfordern!

GRONINGER WIDERSTAND GEGEN DIE ERDGASBOHRUNGEN

Die Häuser stürzen ein

In der niederländische Provinz Groningen wurde bisher am meisten Erdgas produziert von ganz Westeuropa. Es regt sich immer mehr Protest gegen die Bohrungen, die viele Schäden verursachen.

EVELYN BLUM, BERLIN

»Wir sind hier in einem unsicheren Gefängnis eingesperrt«, zitiert der niederländische Komiker Freek de Jonge einen Einwohner des Dorfes Godlinze in der nordöstlichen Provinz Groningen. Gemeint ist die ausweglose Situation, in der sich die Menschen in der Region befinden. Ihre Häuser sind von den regelmäßigen Erdbeben, verursacht durch Gasbohrungen, schwer beschädigt. Die niederländische Erdölgesellschaft (NAM), ein Unternehmen aus Shell und Exxon Mobile, zahlt nicht genug Schadenersatz.

Ende Januar zog der in den Niederlanden bekannte und aus Groningen stammende Freek de Jonge durch das Erdbebengebiet, um die Niederländer auf die Probleme aufmerksam zu machen. Er hoffe, im Vorfeld der im März stattfindenden Parlamentswahlen etwas für Groningen erreichen zu können, sagte er dazu in einer Talkshow. Auch in der Region selbst regt sich Protest. So zieht am 7. Februar die nächste Demonstration durch die Stadt Groningen.

Die Bewegung gegen die Gasbohrungen formierte sich ab 2009. Damals wurde klar, dass die immer häufiger werdenden Erdbeben mit den schon seit 1959 stattfindenden Gasbohrungen zu tun haben. »Die NAM hat immer gesagt, dass die Gasbohrungen keine Erdbeben verursachen«, sagt Dick Kleijer von der Groninger Boden Bewegung (GBB). »Als sie es nicht mehr verneinen konnten, meinten sie, dass es niemals starke Erdbeben sein könnten. Es hat sehr lange gedauert, den Zusammenhang zu klären.«

Rechtsstreit gegen die NAM

Die GBB ist ein Verein von Einwohnern des Erdbebengebietes, die die NAM dazu bewegen wollen, einen angemessenen Schadenersatz für ihre Häuser zu zahlen. In Appingedam, wo Kleijer wohnt, haben 80 Prozent der Häuser Risse in den Wänden. Es gibt auch Dörfer, wo alle Häuser beschädigt sind. Viele der Häuser müssen abgestützt werden, die Wände monumentaler Kirchen zeigen Löcher und Risse. Auch die Häuser ohne Schäd-



▲ Viele der alten Bauernhöfe in Groningen sind durch das Erdbeben schwer beschädigt, dass sie abgestützt werden müssen

Foto: Milieudefensie; Chantal Bekker

den sind unverkäuflich, da niemand ein Haus im Erdbebengebiet haben möchte.

Zusammen führen die Mitglieder der Groninger Boden Bewegung Prozesse gegen die NAM. Auch haben sie schon vor dem Staatsrat, einem die Regierung beratenden Verfassungsorgan, geklagt. Der Staatsrat könnte die Regierung verpflichten, die Bohrungen zu mindern. Die letzte Aussage des Staatsrates Anfang Januar war aber, dass die NAM weiterhin 24 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr fördern darf. Als sicher gelten 12 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Trotzdem sagt Kleijer: »Unsere Hoffnung ist das Recht. Wir kämpfen bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.«

Die mittlerweile rund 3.400 Mitglieder der GBB sind fast alle Hauseigentümer, viele von ihnen sind älter als 50. Sie sind damit typisch für die Region, in der sie wohnen. Ost-Groningen eins der ärmsten Gebiete der Niederlande, aus dem die jungen Leute wegziehen, weil es keine Arbeit gibt. Die Gasblase unter Groningen ist

die größte in Europa und die zehntgrößte der Welt, und die Gewinne aus der Gasförderung riesig. Im Moment kommen rund zehn Prozent der Staatseinnahmen aus dem Gas. Doch den Leuten in Groningen nützt das nichts. Eine undurchschaubare Unternehmensstruktur, an der die niederländische Regierung einen Anteil von ungefähr 50 Prozent hat, sorgt dafür, dass sie direkt teilhat am Gewinn der NAM. Investitionen in Ost-Groningen haben aber offenbar keine Priorität.

Von fossilen zu erneuerbaren Energien

Die GBB arbeitet zusammen mit anderen Gruppierungen. Eine der radikaleren Gruppen ist Groenfront, die »Grüne Front«. Inspiriert durch die Earth First!-Bewegung in den USA organisiert die anarchistische Bewegung seit 1996 Blockaden und Hausbesetzungen und sabotiert sie die Infrastruktur der fossilen Industrie. Groenfront geht es neben der Hilfe für die Einwohner Groningens darum, den Übergang von fossilen zu

erzwingen.

Ganz ähnlich ist das bei Milieudefensie, der niederländischen Abteilung von Friends of the Earth Netherlands. Als NGO setzt Milieudefensie sich für den Übergang zu erneuerbaren Energien im Allgemeinen ein – aber da das Gas der wichtigste fossile Brennstoff in den Niederlanden ist, ist es ein wichtiges Thema. Milieudefensie hilft beim Organisieren von Demonstrationen, in Groningen und am Regierungssitz in Den Haag. Auch sie haben einen Rechtsstreit angefangen, und sie treten direkt mit Shell in Kontakt, um das Unternehmen mit den Folgen der Gasbohrungen zu konfrontieren.

Auch tritt Milieudefensie gegen die Schiefergasbohrungen ein, die das. Zwar beschloss die niederländische Regierung letztes Jahr dass sie bis 2023 kein Fracking, wie das Bohren nach Schiefergas auch heißt, erlauben möchte. Das britische Unternehmen Cuadrilla, das Probebohrungen durchführen möchte, hat aber nach einer Klage Recht behalten, dass die Regierung ihre Genehmigung nicht

ohne Weiteres einziehen durfte. Sowohl der niederländische Wirtschaftsminister als auch eine Bürgerinitiative legen jetzt Berufung ein.

Freek de Jonge setzt sich übrigens weiter für Groningen ein. Auch am 7. Februar wird er dabei sein. Danach plant der geborene Groninger, die gewonnenen Kenntnisse für seine Theatervorstellung zu den Parlamentswahlen zu verwenden. Ob das Groningen nützt? Er hoffe es schon, sagt Dick Kleijer. Gleichzeitig haben die Erdbeben in Groningen auch in der Vergangenheit schon sehr viel Aufmerksamkeit bekommen. Kleijer: »Es geht letztendlich nicht um die Aufmerksamkeit, sondern darum, dass endlich etwas passiert.«

PROTEST GEGEN KOHLEABBAU IN DER LAUSITZ

10. Sternmarsch gegen Tagebau

Zum zehnten Mal haben am Sonntag, 08. Januar 2017 hunderte Einwohner und Aktivisten mit einem Sternmarsch gegen die drohende Abbaggerung der Orte Grabko, Atterwasch und Kerkwitz durch die geplante Erweiterung des Braunkohletagebaus Jänschwalde im Südosten von Brandenburg protestiert. Ihre Heimat steht nicht zum Verkauf – seit zehn Jahren halten die Einwohner von Grabko, Atterwasch und Kerkwitz an dieser Haltung fest.

JÖRG STAUDE, BERLIN

Nach Angaben der Organisatoren beteiligten sich diesmal rund 800 Menschen an dem Marsch in der Lausitz. Im Vorfeld der Aktion hatte Christian Huschga vom Organisationsteam das »sofortige Ende« der Planun-

gen zum Tagebau Jänschwalde-Nord gefordert. Dass der Protest jetzt schon zum zehnten Mal stattfinden müsse, bezeichnete er als »Armutzeugnis für die brandenburgische Landesregierung«. Diese verweigere seit Jahren mit fadenscheinigen Ausreden eine Einstellung des Planverfahrens. »Wenn brandenburgische Minister bei Oligarchen in Prag um neue Tagebaue betteln, statt ihre Bürger zu schützen, wird unser Protest nicht nachlassen«, erklärte Huschga.

Die Stimmung bei der zehnten Aktion sei »verhalten optimistisch« gewesen, sagte der Vorsitzende der Brandenburger Grünen, Clemens Rostock, zu klimaretter.info. Die Menschen setzten ihre Hoffnungen vor allem auf die Bundesebene, wo sich beim Kohleausstieg leichte Fortschritte abzeichneten,

so Rostock, der am Sonntag auch selbst vor Ort war. Keine positiven Signale kämen allerdings von der brandenburgischen Landesregierung, kritisierte der Grünen-Landeschef. Diese lasse, wie es auch beim Sternmarsch hieß, die Einwohner seit Jahren »zwischen Baum und Borke« schweben.

Der Kohlegegner und ehemalige Koordinator des Volksbegehrens »Keine neuen Tagebaue«, Falk Hermenau, erinnerte im aktuellen klimaretter.info-Podcast an das einstige Versprechen der Landesregierung aus den 1990er Jahren, dass DDR-Tagebauplanungen wie Jänschwalde-Nord hinfällig seien. Im Vertrauen darauf hätten auch die Einwohner der drei betroffenen Orte Häuser gebaut und sich eine Zukunft geschaffen.

Hintergrund des nunmehr ein Jahr-

zehnt anhaltenden Protestes ist ein Braunkohle-Planverfahren für einen möglichen neuen Tagebau, mit dem die Grube Jänschwalde erweitert werden soll. Das vom dem neuen Tagebau langfristig zu versorgende Braunkohle-Kraftwerk Jänschwalde gehört allerdings zu den Anlagen, die in die sogenannte »Sicherheitsbereitschaft« wechseln. Nach bisheriger Planung sollen 2018 und 2019 zwei Blöcke des Kraftwerks mit zusammen 1.000 Megawatt vom Netz genommen werden.

Ob der neue Tagebaubetreiber Leag, der kürzlich die einstigen Vattenfall-Kraftwerke und -Tagebaue übernommen hatte, die ursprünglichen Pläne weiterverfolgt, will dieser im kommenden Sommer entscheiden.

Erstveröffentlicht: klimaretter.info, 09.01.2017

ANZEIGEN

Feminismus?

Drei aktuelle Beiträge:

Rosa Luxemburg und der Feminismus
Kontroversen im Nachhinein
Produktion in Regalräumen

Das Problem der Gleichheit in der Geschlechterfrage
Beiträge von Philosophinnen aus der DDR

Rosa Luxemburg und bürgerliche Werte
abundant in der heutigen Politik

Ulrike D. T. Müller
Feministische und philosophische Kontroversen
Herausg. Ulrike D. Müller, bürgerliche Werte
176 S., ISBN 978-3-86771-112-2

Kontroversen!

Was, die gibts noch?

Jetzt am Kiosk!

70 JAHRE
Lesen Sie dazu die Serie:
»Blüht was im Osten?«
Vom 11. bis 18.2.2017 in junge Welt

www.jungewelt.de facebook.com/jungewelt twitter.com/jungewelt

FILMSTART VON »DAS IST UNSER HAUS«

Räume aneignen mit dem Mietshäusersyndikat

Gemeineigentum - Selbstorganisation - Solidarität: Seit vielen Jahren gibt es eine Netzwerkstruktur von mehr als 100 Hausprojekten in Stadt und Land, um die Wohnungsfrage nach anderen Werten zu organisieren: das Mietshäuser Syndikat. Die jahrelange Erfahrung der Syndikats-AktivistInnen zeigte, dass es nicht einfach ist, Interessierten mal so schnell ihr ausgefeiltes Modell zu erklären. Daher nun der Film »Das ist unser Haus«, der dazu anstiften will, weitere Hausprojekte im solidarischen Verbund zu starten.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Das Mietshäuser Syndikat bezeichnet sich wahlweise als solidarischer Unternehmensverbund, kollektive Aneignung von Wohnhäusern oder als Projekte-Sammelsurium. Es ist wohl von allem etwas und hat seit den gut zwanzig Jahren seines Bestehens eine beachtliche Zahl an Projekten (119) unter dem Motto »selbstorganisiert wohnen – solidarisch wirtschaften« auf den Weg gebracht. Alle Hausprojekte und damit die zukünftigen BewohnerInnen hätten laut den Syndikats-Erfahrungen eine vergleichbare Ausgangssituation:

»Allen gemeinsam ist der kollektive Wunsch nach einem Haus, in dem es sich selbstbestimmt leben lässt, dem nicht irgendwann die Zwangsäumung oder Abrissbirne winkt; mit bezahlbaren Räumen, die nicht durch Hausverkauf oder Umnutzung latent bedroht sind. Dieser Wunsch steht am Anfang jeden Projekts. Wie wir wissen, werden Mietshäuser, die eine dauerhafte kollektive Selbstbestimmung der BewohnerInnen über die eigenen vier Wände vorsehen, auf dem normalen Immobilienmarkt nicht angeboten. Also fasst die betreffende Gruppe irgendwann den kühnen Plan, einen Hausverein zu gründen, um das Objekt



▲ Erste Bildeinstellung des Films »Das ist unser Haus«

Illustration: heiko sievers copyright: dasistunserhaus!

der Begierde einfach zu kaufen.«

Syndikats-Idee an Beispielen erklärt

Doch »fatalerweise geht der starke Wunsch der Initiative nach einem selbstorganisierten Hausprojekt so gut wie immer einher mit einer äußerst schwachen Kapitalausstattung der Mitglieder«, wie die launisch formulierte Erfahrung vieler Projekte zeigt. Hier setzt die Syndikats-Idee an und es fallen Stichworte wie hohe Kapi-

talkosten, laufende Bewirtschaftungskosten und Solidarbeitrag: Finanzschwache Gruppen sollen sich mit der Solidarität anderer ermächtigen und so bezahlbare Räume sichern können.

Im 65 minütigen Film »Das ist unser Haus!« erläutern AkteurInnen des Mietshäuser Syndikats das solidarische Modell der kollektiven Raumaaneignung und präsentieren vielseitige Projekte in unterschiedlichen räumlichen Kontexten. Die ZuschauerInnen werden motiviert, eigene Projekte im stabilen solidarischen

Verbund des Mietshäuser Syndikats zu starten.

Doch es bleibt nicht bei der Modell-Erklärung, sondern die Filmere waren mit ihrer Kamera zu Besuch bei sechs verschiedenen Projekten und ihren BewohnerInnen: In Lübeck im Haus »Freie Hütte« und in Hadmersleben (Sachsen-Anhalt) beim Projekt »LYDIA«. Danach führen die drei Autoren zum Handwerkerhof Otten in Hamburg und zum Jugendwohnprojekt Mittendrin in Neuruppin (Brandenburg), bis sie sich in

den Süden aufmachten zum Grether Gelände in Freiburg, bei dem das Mietshäusersyndikat sein Büro hat, und zum Schluss zum 4-Häuser-Projekt in Tübingen.

Teilfinanziert via Crowdfunding

»Das ist unser Haus!« ist ein Film der Autoren Burkhard Griesenauer, Daniel Kunle und Holger Lauinger in Kooperation mit der SEELAND Medienkooperative e.V. Der Film wurde durch mehr als 350 Einzelspenden via Crowdfunding über Startnext ermöglicht. Außerdem haben verschiedene Förderungen die Arbeit erleichtert: die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, die Rosa Luxemburg Stiftung, die GLS Treuhand, die Montag Stiftung Urbane Räume, der AStA TU Berlin, die Stiftung Nord-Süd-Brücken, ExRotaprint, das Netzwerk Selbsthilfe und der Wohnbund. Die Autoren haben zur Ermöglichung der Produktion 20 Prozent Eigenleistung beigesteuert.

Film und Autoren, Synopsis und Bilder können für Veranstaltungen über die Mailadresse »termin@das-ist-unser-haus.de« angefragt werden. Das Honorar für eine gewünschte Anwesenheit eines Autors zum Filmgespräch ist Verhandlungssache. Der Film hat eine CC-Lizenz und kann über die Webseite (www.das-ist-unser-haus.de) vollständig gratis angeschaut und als mp4-Datei auch qualitativ tauglich für Veranstaltungen heruntergeladen werden.

Infos:

www.das-ist-unser-haus.de, Film von Burkhard Griesenauer, Daniel Kunle und Holger Lauinger, (D 2016, 65 Min., 16:9)

Kontakt: termin@das-ist-unser-haus.deMietshäusersyndikat: www.syndikat.orgFilmproduktion: www.seeland-medienkooperative.org

»BÜRO FÜR OFFENSIVKULTUR« GEGRÜNDET

Kulturelle »Eingreiftruppe« gegen rechts

Die Band »Strom & Wasser« hat schon mehrere ungewöhnliche Projekte auf die Beine gestellt. Im vergangenen Jahr trat sie mit verschiedenen geflüchteten Menschen auf. Nun hat Heinz Ratz mit seiner Band und zusammen mit Konstantin Wecker das Büro für Offensivkultur gegründet, mit dem sie eine Art schnelle kulturelle »Eingreiftruppe« initiieren wollen, um auf Angriffe von rechts öffentlichkeitswirksam reagieren zu können. – Ein Projekt und seine Vorgeschichten.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Zur Eröffnung des 35. »Lab-Festivals« in Stuttgart Ende August letzten Jahres begeisterten sie das Publikum: Heinz Ratz reiste mit seiner Band »Strom & Wasser« an und trat mit verschiedenen geflüchteten Menschen auf – als Ergebnis von etwa 200 Besuchen in Flüchtlingslagern in Deutschland während den vergangenen fünf Jahre. Ratz und seine Band trafen in den Lagern viele MusikerInnen – oft von Weltklasse-Niveau und in ihrer Heimat sehr bekannt. Hier sind sie jedoch mit Reise- und Arbeitsverboten behängt und können sich oft nicht einmal ein Instrument leisten.

Ratz lud die MusikerInnen nach Hamburg ein und nahm mit ihnen ihre Musik auf. Im Lab-Programmheft hieß es dazu: »Mittlerweile sind zwei Alben entstanden, überraschend

modern, frisch, frech, die locker mit den Vorzeigeprodukten der Weltmusik mithalten können und an dem fast 30 Musiker mitwirkten: aus Gambia, Iran, Afghanistan, Kenia, Russland, der Elfenbeinküste, Deutschland, dem Kosovo, Somalia, Äthiopien, Mazedonien, Griechenland und anderen Ländern. Musik, die in den Flüchtlingslagern gefangen war, Gefahr lief, vergessen zu werden und nun durch dieses Projekt hoffentlich in die Herzen vieler Menschen gelangt.«

Die Band »Strom & Wasser« konnte inzwischen ihr zwölfjähriges Bestehen feiern – und sie präsentieren sich »angriffslustiger, spielfreudiger und bunter denn je: Skapunkpolka-Randfiguren-WalzerRock mit stark kabarettistischer Schlagseite.« So präsentieren sie sich selbst auf ihrer Webseite.

Antifa-Tour als Vorgeschichte

Bereits 2006 machten die Liedermacher Konstantin Wecker und Heinz Ratz in einer gemeinsamen Tour auf die fast unmerklich wachsende Neonazi-Szene aufmerksam. Schon damals schlug ihnen heftiger Widerstand entgegen: So sagte beispielsweise der Landrat in Halberstadt auf Druck der NPD das Konzert der beiden Künstler ab. In Hoyerswerda erklärte man, keine Neonazis mehr in der Stadt zu haben.

Heute gehören brennende Flüchtlingsheime, rechte Drohungen und

öffentliche faschistische Äußerungen fast schon zum Alltag.

An Unmenschlichkeit aber darf man sich niemals gewöhnen. Deshalb wollen Wecker und Ratz nun erneut ein Zeichen setzen: 10 Jahre nach ihrer Antifa-Tour gründen sie das »Büro für Offensivkultur« (BOK), das als eine Art schnelle musikalische Eingreiftruppe agieren soll.

Offensiv gegen wachsende Verunsicherung

Angestrebt wird ein pazifistisches, antifaschistisches Netzwerk aus KünstlerInnen, VeranstalterInnen und lokalen Vereinen, das ein sofortiges Reagieren auf Menschenrechtsverletzungen, rechte Bedrohung oder Umweltdelikte möglich machen soll, wie sie auf ihrer Website erläutern:

»Sie ist überall spürbar: die zunehmende Verhärtung und Unmenschlichkeit in der Gesellschaft – und daraus resultierend eine wachsende Verunsicherung in der Bevölkerung.

Wo Menschen in Not sind, wird inzwischen mehr über »Ausschaffung« und neue Grenzzäune gesprochen als über Hilfe. Rassistische, fremdenfeindliche und vulgärdarwinistische Weltanschauungen, die bisher relativ machtlos am rechten Rand schwebten, machen sich jetzt breit. Sie erobern und durchdringen die Mitte der Gesellschaft, und es ist so weit gekommen,

dass die Menschlichkeit gegenüber der Unmenschlichkeit in die Defensive geraten ist. Die Geschichte zeigt auf schmerzliche Weise: Selbst das Unfassbare und scheinbar völlig Abseitige wird »normal«, wenn es arrogant auftritt und unwidersprochen bleibt.

Gegen das Starre - Sprungbereit

Es gibt viel guten Willen in der Kulturszene, sich gegen diesen Trend zu stellen. Zahlreiche KünstlerInnen wären sicher bereit, sich zu engagieren, aber »es gibt nichts Gutes, außer man organisiert es«. Oft fühlen sich Menschen, die die Humanität nicht preisgeben wollen, isoliert und wissen nicht genau, wie sie ihre politischen Einsichten kanalisieren sollen. Wir haben in den letzten Jahren oft erleben müssen, dass sozial engagierte lokale Gruppen nicht schnell und öffentlichkeitswirksam genug auf Angriffe von rechts reagieren konnten.

So kam uns der Gedanke, zur Unterstützung humaner Initiativen und friedlicher Proteste eine kulturelle »schnelle Einsatztruppe« zu schaffen, das Büro für Offensivkultur.

Ein flächendeckendes, bundesweites Netzwerk aus KünstlerInnen, Vereinen, Kulturzentren und BühnentechnikerInnen bzw. Technik-Verleihen soll entstehen, die bereit sind, auch spontane Aktionen zu unterstützen.

Eine Vollzeit-Arbeitskraft, ganztags



▲ Cover der aktuellen CD »Herzwäsche«

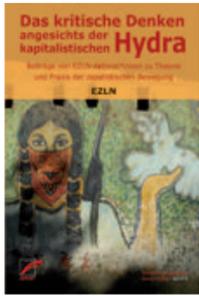
erreichbar für Notfälle, würde die vernetzten PartnerInnen koordinieren. So wäre ein Einsatz im günstigsten Fall innerhalb von 24, zumindest aber innerhalb von 48 Stunden realisierbar.

Auch der Kontakt zu engagierten JournalistInnen, RechtsanwältInnen, PolitikerInnen, politischen Vereinen usw. würde intensiv gepflegt, um vor Ort weitere organisatorische Unterstützer zu haben.«

Info: Band: <http://strom-wasser.de/>

Konzerte u.a. in Hanau (3.2.), Wangen (4.2.), Görlitz (11.2.), Wiesbaden (12.2.), Bremen (13.2., Gemeindezentrum Zion), Rosenheim (2.3., Gast-auftritt bei Konstantin Wecker), Berlin (8.3., SO36) Büro für Offensivkultur: www.offensivbuero.de Spenden: IBAN DE30 2105 0170 0091 0546 84, BIC NOLADE21KIE, Förde Sparkasse Projekt mit Geflüchteten: <http://www.1000bruecken.de/the-refugees/>

SICH SELBST REGIEREN



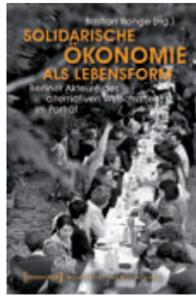
Anfang März 2015 fand in Chiapas auf Einladung der EZLN ein Treffen statt, um die eigene Geschichte zu reflektieren und die Erfahrungen aus 20 Jahren Selbstorganisation an die internationalen Gäste weiterzugeben, sowie verschiedene Einschätzungen zur aktuellen Lage des Kapitalismus zusammenzuführen. Wesentliche Beiträge dieses »Seminars« oder »Saatbeets«, wie es im Buch auch genannt wird, wurden von einem Übersetzungskollektiv aus dem Spanischen ins Deutsche übertragen und sind in diesem Buch versammelt. Das Seminar sollte das »kritische Denken« herausfordern, Praxiserfahrungen reflektieren und Theorien und Konzepte für zukünftiges Handeln hervorbringen.

In der schon von früheren Publikationen bekannten bilderreichen Sprache mit ihren nichtlinearen, asynchronen Argumentationslinien, berichten im ersten Teil zapatistische Aktivist*innen über Erfahrungen mit dem Aufbau der Selbstverwaltung. Sie schildern, wie sie den bewaffneten Kampf aufgaben, denn, »was wir wirklich wollen, ist das Leben«. Ihre wichtigste Waffe ist seither der andauernde Widerstand. Widerstand bedeutet, sich zu organisieren, kein Geld von der »schlechten Regierung« anzunehmen und sich konsequent selbst zu regieren. Sie erzählen von den vielen kleinen, kreativen Lernschritten, die dazu notwendig waren, vom eigenen Kampf der Frauen, vom Zeitaufwand, den es erfordert, wenn nichts umgesetzt werden darf, bevor alle darüber entschieden haben. Das Leben der Zapatistas folgt einem »anderen Kalender« und einer »anderen Geografie«.

Im zweiten Teil wendet sich der Blick auf den gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus, der Hydra, die mit immer neuen Köpfen, immer neuen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung handelt. Verschiedene Erfahrungen und Analysen werden zusammengetragen und man kommt zu dem Schluss: ein großes Unwetter steht bevor, etwas, das wir in Europa eine massive, multiple Krise nennen würden. Um diesem Unwetter begegnen zu können, ist es notwendig, sich zu organisieren. Dieser Aufruf gilt allen Menschen in der Welt, die den Kapitalismus überwinden wollen. Allerdings gibt es dafür kein Patentrezept. Die Zapatistas wollen niemandem ihre Denkweise aufzwingen, im Gegenteil: überall auf der Welt müssen Menschen ihre Art der Organisation und des Widerstandes selbst erfinden. Diese Vielfalt an Organisationen gemeinsam könnte den Kampf aufnehmen für eine Welt, in der »die Bevölkerung regiert, und die Regierung gehorcht«. Was das Buch dafür mitgibt, ist vor allem eine Frage: Wir machen es so – und was machst du?

Brigitte Kratzwald

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN BERLIN



Dieses Buch stellt fünf mehr oder minder bekannte Beispiele aus der solidarischen Ökonomie Berlins näher vor. Die AutorInnen schreiben aus einer Perspektive teilnehmender Beobachtung und mit Sympathie. Sie schreiben über das Selbstverständnis, sowie die kulturelle und konkrete ökonomische Praxis dieser Projekte. Dies sind die Prinzessinnengärten, FairBindung, Freifunk, der Umsonst- und der Leihladen sowie der Nachtclub //about blank. Der letztgenannte soll eine der größten alternativ-ökonomischen Einrichtungen in Berlin sein, da dort derzeit fast 130 Personen in unterschiedlichen Volumina arbeiten. FairBindung versucht seit über sieben Jahren den Import von fairen Produkten, vor allem Kaffee aus dem globalen Süden mit Bildungsarbeit zu verknüpfen.

Das Buch entstand aus einem Seminar im Wintersemester 2015/16 an der Humboldt-Universität zu Berlin, und die meisten AutorInnen sind PhilosophInnen. Das ist den Beiträgen anzumerken. Was das Vorwort will, in dem der Begriff der »Lebensform« ein- und näher ausgeführt wird, hat sich mir leider nicht erschlossen. Die Beiträge selbst untersuchen dann beispielsweise den Umgang mit Nutzung, Besitz und Eigentum, die Reflektion in den Projekten und von einer Außensicht um die Rolle von Verkäufer_in oder Verkäufer_In und inwieweit diese aufzubrechen sind. Nicht zuletzt geht es auch stets darum, was eigentlich »Ökonomie« bedeutet und wie sich dies im alltäglichen Handeln niederschlägt. Ein weiterer Problembereich ist der Zugang zu Räumen oder Dienstleistungen, der bei wenigen, wie etwa dem auf fester Mitgliedschaft basierenden Leihladen fest umrissen ist, während das about blank oder auch Freifunk im Prinzip von jedem und jeder nutzbar ist. Freifunk sogar kostenfrei. Am Beispiel des about blank wird erzählt, wie dieses mit seinem immensen Wachstum umgeht und dabei solidarische Prinzipien aufrechterhält. Dies fällt bei der Arbeitszeitplanung leichter, als beim Treffen grundsätzlicher Entscheidungen.

Die Artikel geben eine gute Beschreibung der fünf vorgestellten Projekte, leiden aber manchmal etwas darunter, dass Sozialtheorien, etwa von Hannah Arendt, in den Text eingeführt werden, ohne dass klar ist oder wird, was die Leserin davon nun an Erkenntnismehrwert hat. Für alle, die ein weitergehendes Interesse an solidarischer Ökonomie, ihrer Einbettung in die Stadtgesellschaft und ihrer weiteren Entwicklung haben, ist das Buch zu empfehlen.

Bernd Hüttner

FILM: DIE VERTEIDIGUNG DES HORIZONTS



Die Highlands von Island sind vom Wind zerzaustes, wildes Grasland bis an den Horizont, und der ist weit, dort, wo Margeir Björnssons Schafe weiden. Jenseits der Linie, an der der Blick endet, glühen Vulkane, Wasserfälle stürzen in die Täler, heiße Quellen sprudeln und zwischen den Berggipfeln erstrecken sich Gletscher. Das ist das Island, in das im Sommer täglich Hunderte Touristen zu Trekkingtouren aufbrechen.

Nach den Plänen eines Netzkonzerns soll nun genau dieses Gebiet eine Stromtrasse durchschneiden – auch die Weiden des Schäfers. Er glaubt, dass er dadurch sein Biosiegel verlieren wird. An einem stahlgrauen Tag 2012 steigt der Isländer auf sein Fahrrad und macht sich auf den langen Weg zu seinen Nachbarn. Das ist der Gründungstag einer Widerstandsbewegung, die es bis in die nationalen Abendnachrichten schaffen wird. Widerstandszentrum wird die Baustelle seiner Küche, von der aus ein Dutzend Aktiver mit großer Effizienz und Expertise den Bau der Stromtrassen wieder und wieder verzögert. Regisseur Ólafur Rögnvaldsson begleitete sie von Beginn an mit der Kamera. Aus vielen hundert Stunden Material entstand die Dokumentation »Seiltanz«, die im November auf den Nordischen Filmtagen Premiere hatte.

Der Riese in dieser David-und-Goliath-Geschichte ist der halb staatliche Stromkonzern Landsnet, der ein großes Überland-Leitungsnetz quer durchs Land plant. Die Gegner sind Pferdezüchter, die Elektromog befürchten, Naturschützer, die das Landschaftsbild erhalten wollen, und Touristenführer, deren Branche in wenigen Jahren zum wichtigsten Wirtschaftszweig des kleinen Landes geworden ist. Ihre Waffen sind Informationen und Studien, zum Beispiel über die Preise von Erdkabeln.

Während die Gruppe sich über Jahre trifft, wird die Küche allmählich zu einem Wohnraum ausgebaut. Die kleine Gruppe wertet Studien aus, stellt Informationstafeln auf, organisiert eine Fahrt ins Hauptstadtparlament. Der Fortgang der Ereignisse wird durch Einspielungen aus den Fernsehnachrichten aktualisiert.

Dramaturgisch gibt es im ersten Teil Längen, während gegen Ende für ein internationales Publikum manchmal Information fehlt. Die Perspektive des großen Kontrahenten ist fast ganz ausgeblendet, Landsnet kommt nur einmal kurz zu Wort. Trotz der Schwächen bleibt als Eindruck der Respekt vor dem Erfolg der Hartnäckigen, zu denen auch der Regisseur gehört. Seine Dokumentation zeigt ein bei uns noch fast unbekanntes Island.

Glaubt man Rögnvaldsson, gibt es in Island schon im Vorfeld ein großes Interesse an dem Film. Das Thema könnte auch bei uns bald wichtig werden. »Den Kampf, den ihr schon seit Jahren führt«, sagte ein Zuschauer im Gespräch mit dem Regisseur, »haben wir hier noch vor uns«.

Friederike Grabitz

ERINNERUNGEN AN TRADITIONSREICHE FUSSBALLSTADIEN



Groundhopper sind eine besondere Spezies von Fußballfans, sie sind bemüht, Fußballbegegnungen in möglichst vielen verschiedenen Stadien zu besuchen. Einer dieser Groundhopper, Klaus-Hendrik Mester, ein bekennender Borussia Mönchengladbach Fan, hat kürzlich seine Erinnerungen an 22 »Pilgerstätten des deutschen Fußballs« in einem ausführlich illustrierten Buch zusammengetragen.

Einige dieser Stadien, wie der Aachener Tivoli, der Mönchengladbacher Bökelberg, das Oldenburger Stadion Donnerschwee oder der Hamburger Sportplatz am Rothenbaum existieren heute bereits nicht mehr. Ihrer zentralen Lage wegen mussten sie anderen Bauvorhaben weichen.

An vielen anderen Orten wie in Bielefeld, Düsseldorf, Duisburg, Dresden, Leipzig, Magdeburg oder Offenbach wurden die Traditionsstadien abgerissen, um am gleichen Ort neue, moderne Sportstätten zu errichten.

Autobiografisch berichtet Mesters von seinem ersten Besuch im Bökelbergstadion. Auch beim letzten Spiel auf dem Bökelberg, im Mai 2004, war Mesters dabei. Heute steht eine Wohnsiedlung auf dem früheren Spielfeld. Die Terrassen der ehemaligen Nord- und Südkurve sowie die der Haupttribüne blieben erhalten. Mesters dokumentiert dies mit eigenen Fotos. Das Stadionbuch zielt auch eine Eintrittskarte des letzten Bökelbergspiels.

Mester sprach mit Zeitzeugen und erinnert an besondere Spiele in den ehemaligen Stadien. Selbst deren Flutlichtmasten wurden mit Kosenamen bedacht. Die 60 Meter hohen, nach vorn geneigten Masten des Dresdner Rudolf-Harbig-Stadions wurden liebevoll Giraffen genannt. Die abknickenden Scheinwerfer in Rautenform, am Ende der Flutlichtmasten des Dortmunder Westfalenstadions bekamen von Fußballfans den Spitznamen Fliegenklatschen. 1984 spielte sogar eine Folge der ARD-Krimireihe »Tatort« im Duisburger Wedaustadion. Nachdem Fernsehkommissar Schimanski im Stadion ein Fußballspiel des MSV Duisburg verfolgt hatte, wurde auf der Tribüne eine Leiche entdeckt.

Interessierte bekommen von Mesters Literaturhinweise und Internetquellen zur weiteren Lektüre genannt. Wehmütig trauert er »den alten zugigen, aber unverwechselbaren Fußballtempeln« nach, die charakterlosen Arenen, »die im Jahrestakt den Namen wechseln« weichen mussten.

»Von den Verpflegungsständen wabert Rauch von Grillwürstchen herüber und mischt sich mit dem Geruch des satten Rasens ... noch heute liebe ich diese Verschmelzung der beiden Düfte.« Hier spricht ein leidenschaftlicher Groundhopper, der sich mit dem Buch eine Herzensangelegenheit erfüllt hat

Kai Böhne

»EIN GEFÄHRLICHES UNTERFANGEN«



Das Buch »Proleten, Pöbel, Parasiten« von Christian Baron, Redakteur im Feuilleton des »Neuen Deutschland«, ist spannend zu lesen. Es verbindet die persönliche Ebene, eine gesellschaftskritische Ebene und die Kritik an der Linken miteinander. Linke hätten sich von der Klassenfrage verabschiedet und zur Identitätspolitik hingewendet, so Baron.

Das Buch ist dort stark, wo der Autor mutig über seine Biographie als Arbeiterkind berichtet. Baron ist in Kaiserslautern aufgewachsen, der Vater war alkoholkranker Möbelpacker, die Mutter ist früh an Krebs verstorben. Er wächst gemeinsam mit seinen drei Geschwistern bei der Tante auf, wobei er als Einziger in der Familie den sozialen Aufstieg schafft. Er beschreibt den Hass der Mehrheitsgesellschaft auf die sogenannte Unterschicht, »deren miserable Lage als Resultat falscher Lebensscheidungen und mangelnder Leistungsbereitschaft« und »vor allem als freiwillige Bildungsverweigerung« diffamiert werde.

In Teilen des Buches versucht der Autor allerdings zu erklären, »warum die Linken die Arbeiter verachten« (so der reißerische Untertitel), wobei er zu den Linken auch das grün-alternative Milieu und die Jusos zählt. Dieser Beweis gelingt ihm nicht. Schade auch, dass diese Passagen oft sehr überzeichnet und polemisch ausfallen. Er kritisiert zwar zu Recht die Akademisierung des Protestes, meint aber, die meisten Linken hätten keinen Kontakt zu Sozialleistungsbeziehenden. Dabei unterschätzt er, dass es auch in der Linken von Armut Betroffene gibt. Zudem verliert er auch kaum ein Wort über soziale Kämpfe, wie Proteste gegen Hartz IV, gegen Lohndumping oder gegen Wohnungsnot. Besonders harsch ist seine Kritik an der »Identitätspolitik« der Linken. Baron wendet sich mit dem Buch eindeutig gegen Klassismus: Hier hätte ich mir von ihm mehr Empathie für den Kampf gegen andere Diskriminierungsarten, im Sinne von Intersektionalität, gewünscht. So könnte sein (verbaler) Angriff gegen Gender-Professur Lann Hornscheidt auch von der AfD stammen.

Sein Buch ist allerdings klar gegen die Ausbreitung des Rechtspopulismus gerichtet. »Solange die Linken es unterlassen, die soziale Frage mit der Flüchtlingspolitik explizit zu verbinden, so lange werden die verängstigte Mitte und die Unterschicht einen großen Bogen um sie machen.«, so Baron. Er plädiert für einen linken Populismus, wobei er selbst von einem »gefährlichen Unterfangen« schreibt. Dieser sei die einzige Waffe, mit der die Rechten wieder zurückzudrängen seien. Das möchte ich bezweifeln. Trotzdem ein wichtiges Buch zur Diskussion!

Anne Seeck

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

KONZERT

Strom & Wasser

»Herzwäsche«

13.02.2017 (Bremen)

Bereits 2006 machten die Liedermacher Konstantin Wecker und Heinz Ratz in einer gemeinsamen Tour auf die fast unmerklich wachsende Neonazi-Szene aufmerksam. Schon damals schlug ihnen heftiger Widerstand entgegen. An Unmenschlichkeit aber darf man sich niemals gewöhnen. Deshalb wollen Wecker und Ratz nun erneut ein Zeichen setzen. 10 Jahre nach ihrer Antifa-Tour gründen sie das BOK (Büro für Offensivkultur), das als eine Art schnelle musikalische Eingreiftruppe agieren soll. Angestrebt wird ein pazifistisches, antifaschistisches Netzwerk aus Künstler*innen, Veranstalter*innen und lokalen Vereinen, das ein sofortiges Reagieren auf Menschenrechtsverletzungen, rechte Bedrohung oder Umweltdelikte möglich machen soll. Des Weiteren sollen alle Konzerte in 2017 bis zum Tag der Bundestagswahl ohne Eintritt und nur auf Spendenbasis mit Gästen gespielt werden. So wird ein deutliches Zeichen gesetzt, dass es in diesen Zeiten Wichtiges gibt, als Kommerz und Karriere. Mit dem neuen Album »Herzwäsche« feuern Strom & Wasser nun das ultimative Mosaik aus Punk und Poesie ab. Es werden nicht nur alle musikalischen Stile in einem

Mix aus Partygrooves und nachdenklichen Texten präsentiert, da wird auch die Brücke geschlagen zwischen kabarettistischem Ulk und gnadenloser Abrechnung mit einer Spießergesellschaft, die in ihren gepflegten Vorgärten ihren stillen Rassismus pflegt und hegt.

Ort: Gemeindezentrum Zion,
Kornstr. 31, 28201 Bremen/
Neustadt

Info: »www.offensivbuero.de«
Kontakt: »www.planlosbremen.de«

GESELLSCHAFT

Wirtschaftsdemokratie neu denken

16.02. - 18.02.2017 (Berlin)

Es gibt umfangreiche Erfahrungen mit Praktiken ökonomischer Demokratie wie Selbstverwaltung, Genossenschaften, Kooperativen, Modelle der solidarischen Ökonomie oder Formen der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung. Viele dieser Experimente wurden abrupt durch politische Gewalt beendet, konnten sich im Alltag gegen übermächtige Verhältnisse nicht behaupten oder das Interesse an ihnen ging zurück. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sich die Suche nach solchen subpolitischen Möglichkeiten, die ökonomische Stellmacht kapitalistischer Gesellschaften zu verändern, immer wieder erneuert, es immer wieder neue Anstöße gibt, Demokratie

auch in der materiellen Produktion des Lebens selbst zur Geltung zu bringen. In der Krise nach 2008 haben die Prozesse in vielen Gesellschaften gezeigt, dass sich in den neuen Demokratiebewegungen räteartige Strukturen herausbilden und transversale Solidarstrukturen wechselseitiger Hilfe entwickeln. Wieder einmal wurde deutlich, dass, wenn die Möglichkeit besteht, sofort Prozesse der Demokratisierung des materiellen Lebens von unten her einsetzen. Die Konferenz zielt darauf, sich dieser Erfahrungen zu vergewissern, die Möglichkeiten einer Vertiefung demokratischer Prozesse auszuloten und zur Erneuerung des Verständnisses von wirtschaftsdemokratischen Konzepten beizutragen.

Ort: RLS, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Kontakt:
www.rosalux.de/event/57205

WIRTSCHAFT & DEMOKRATIE

Die Firma sind wir

07.03. - 21.03.2017 (Völklingen)

Veranstaltungsreihe zum Thema »Wirtschaft & Demokratie«. Welche Position haben Arbeiter*innen und Angestellte im Unternehmen? Wie kann und soll er oder sie sich einbringen? Oder ist das Verhältnis nur eines von oben nach unten?

07. März, 18.30 Uhr: Film über den mehrjährigen Kampf der Beschäftigten einer Teefabrik bei Marseille für eine eigene Arbeitergenossenschaft. Referent: Dr. Burghard Flieger, Freiburg.

14. März, 18.30 Uhr: Film über den weltweit größten Genossenschaftsverbund Mondragon/Spanien. Referent: John Clay, amerikanischer Gewerkschafter und Aktivist.

21. März, 18.30 Uhr: Kurzfilme aus dem Saarland über Genossen-

schaften und Mitarbeiterbeteiligung. Referent: Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Saarland

Ort: Weltkulturerbe Völklinger Hütte, 66302 Völklingen/Saarbrücken
Anmeldung: »mail@voelklinger-huette.org«

KONFERENZ

Die kapitalistische Moderne herausfordern III

14. - 16.04.2017 (Hamburg)

Der Kapitalismus steckt in einer strukturellen Krise und verliert weltweit an Legitimität - trotz behaupteter Alternativlosigkeit. Gleichzeitig bieten sich rechte und reaktionäre Bewegungen als Alternative an. Doch es gibt andere Wege als die scheinbar einzigen Alternativen. In Rojava/Nordsyrien gelang es, sich nicht auf eine Seite zu schlagen, sondern einen eigenen, »dritten Weg« zu etablieren. Der Aufbau eines nicht-patriarchalen Systems und einer demokratischen Wirtschaftsordnung erscheint zum Greifen nahe und hat die Chance, sich permanent zu etablieren. Solche »dritte Wege« sind weltweit überall möglich. Auf dieser Konferenz mit dem Untertitel »Demokratische Moderne entfalten - Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen« sollen Möglichkeiten hierzu präsentiert, ausgeleuchtet und diskutiert werden. Die letzten beiden Konferenzen brachten nicht nur führende Intellektuelle zusammen, sondern gaben auch jungen Aktivist*innen, Studierenden und Akademiker*innen die Gelegenheit, ihre Ideen zu präsentieren. In dieser dritten Konferenz sollen wieder Brücken zwischen all diesen und Bewegungen in Kurdistan und weltweit geschlagen werden.

Trailer: »www.projektA-film.net«

LESERBRIEF

Wer diskutiert mit wem?

Leserinnenbrief zum Beitrag »Wirtschaftswissenschaften vor einer neuen Evolutionsstufe?«, Contraste 388, Januar 2017, Seite 7

Liebe Contraste-Leser*innen

dem Bericht über die Spiekerooger KlimaGespräche möchte ich eine kleine Begebenheit hinzufügen. Zu diesem mehrtägigen Event treffen sich Jahr für Jahr Wissenschaftler*innen von Hochschulen und aus renommierten Nachhaltigkeitsinstitutionen, ein paar Freischaffende laden sie auch ein. Teilnahme und Anreise ab Bremen kostenlos, immerhin. Und dann erdreistet sich doch tatsächlich eine mit dieser Einladung Beehrte – eine Autorin, die über Solidarisches Wirtschaften schreibt – den einladenden Herrn Professor Doktor Pfrim von der Uni Oldenburg zu fragen, ob es vielleicht möglich wäre, ihr die Kosten der ganzen Anreise zu erstatten, ja sie wagt es sogar, nach einem Honorar für ihre Mitarbeit zu fragen. Behauptet, als Freiberuflerin darauf angewiesen zu sein und dass ihr dies darüber hinaus auch wichtig sei »um mit einem zumindest annähernden Gefühl von gleicher Augenhöhe in die Diskussionen zu gehen.« Da hat sie aber die Rechnung ohne den aus Steuergeldern gut bezahlten Herrn Professor gemacht, der ihr postwendend antwortet: »in der Tat hatten wir seit 2009 schon zahlreiche Freiberufler/innen dabei, die immer sehr dankbar waren für die Möglichkeit, unter den von uns angebotenen Konditionen an den Spiekerooger Klimagesprächen teilnehmen zu können. Honorar hat es in den ganzen Jahren noch nie gegeben. Wenn gleiche Augenhöhe für Sie von finanziellen Konditionen abhängt, haben wir uns bei der Einladung an Sie offenkundig sowieso geirrt.« Dankbarkeit als Eintrittskarte? Der Professor rudert halb zurück: »wir erwarten keineswegs »Dankbarkeit« von denen, die wir einladen. Allerdings eben auch keine finanziellen Forderungen«. Basta, ausgeladen wegen der Frage nach einem Honorar. Sollen also kritische Perspektiven von Menschen mit wenig Geld draußen bleiben? Die wissenschaftliche Leitung der Klimagesprache hat die Mails übrigens mitgelesen.

Elisabeth Voß

KLEINANZEIGEN

HÄUSCHEN AUF DEM LAND IN GEMEINSCHAFT

Für unser zum Wohngebiet umgenutztes Feriendorf mit 24 kleinen Häuschen suchen wir noch Mitbewohner*innen. Unser Dorf liegt auf dem Lande 20 km von Kassel entfernt in einer Gemeinde mit recht guter Infrastruktur. Wir sind im Moment zwischen 3 und 76 Jahre alt; unser Motto: »Lebe einzeln und frei wie ein Baum und geschwisterlich wie ein Wald« (nach Nazim Hikmet). Das selbstbewohnte Häuschen muss saniert und ausgebaut werden, daher ist etwas Eigenkapital oder Kreditwürdigkeit nötig. Es gibt großzügige Gemeinschaftsflächen und Ideen vom Huhn bis Brotbackofen und Musikfestival, natürlich auch Platz für ein schnuckeliges Gemeinschaftshaus oder Hütte oder Jurte...

www.Genoviva.de
oder mailto:
Sabine.conti@sun-Pi.de

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteurinnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.i.S.D.P.: Ulrike Kümpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 9/15

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bächstadt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org

ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

GÖTTINGEN:
Kai Böhne
kai.boehne@contraste.org

HAMBURG:
Hilmar Kunath
040 39 90 41 96
hilmarkunath@web.de

KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beyss@posteo.de

KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
0170 59 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
0221 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

STUTT GART:
Peter Streiff
071 44 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

TAGESPFLEGE LOSSETAL IN NIEDERKAUFUNGEN SUCHT ZUR VERSTÄRKUNG

Einfühlsame Menschen für die Betreuung und Pflege unserer an Demenz erkrankten Gäste:

- eine examinierte Pflegefachkraft zur Vertretung von März bis November 2017 in Teilzeit, Umfang ca. 22 Wochenstunden mit Aussicht auf langfristige Weiterbeschäftigung und
- eine Betreuungskraft mit oder ohne Ausbildung in Teilzeit, Umfang ca. 10 - 15 Wochenstunden.

Wir sind ein Kollektivbetrieb! Das heißt wir bieten: kollegiale Arbeitsatmosphäre; menschenwürdige Pflege bei einem hohem Betreuungsschlüssel; Spaß an der Arbeit und Selbstorganisation, Gestaltungsräume und Verantwortungsübernahme, weil wir kein Chefbetrieb sind.

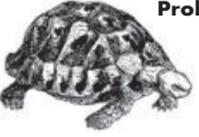
Bei Interesse meldet euch:

Tagespflege Lossetal - GesA e.V.
Kirchweg 1
34260 Kaufungen

info@tagespflege-lossetal.de
Tel: 05605 800755

ANZEIGEN

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Probexemplar gewünscht?
Einfach per mail
oder web bestellen

Ausgabe 12/16 u.a.:

- Romin Khan: »Kämpfen statt Gruseln« – Gewerkschaften und »Rechtspopulismus«
- Manfred Neuer: »Beharrlich Finger-hakeln« – Eine Chronologie des Edeka/Tengelmann-Deals; ders.: »Vorhang zu – nächstes Stück?« – Fazit
- Nadja Rakowitz: »Zukunft gesichert?« – Zu den Rentenkonzepten von Parteien und Gewerkschaften
- Karsten Weber: »Unterwegs im gewerkschaftlichen Niemandsland« – Auseinandersetzungen in der Speditionsbranche
- Elisabeth Grossman: »Ungemach in Sicht« – Über Gefährdungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes unter Trump
- Amnesty International: »Kurzer Prozess« – Verurteilung des Vorsitzenden des südkoreanischen Gewerkschaftsbunds KCTU

Niddastr. 64 • 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de • www.express-afp.info

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Informativ, knapp und klar:



Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegieriger Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Otto Köhler und Eckart Spoo, unter Mitarbeit von Rainer Butenschön und Peter Turrini.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
07 61 70 90 23
genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kümpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck GmbH und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
webmaster@contraste.org

KONTAKT

Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook: www.facebook.com/contraste-monatszeitung
twitter: contraste_org